

PROTOKOLL

über die 22. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 20. Jänner 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

Brigitte Lohnecker

Friederike Mach

Josef Mayr

DI. Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Marco Vanek

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Johann Glanzer

Richard Gollatsch

Engelbert Huber

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann

MR. Mag. Helmut Lemmerer

OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Anton Obrist

Gabriele Angerbauer

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.

Behandlung von allfälligen Fragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Fin-65/93	Schloßfest 1993; Förderung durch die Stadt Steyr.
Ha-8040/92	Subvention an Priv. Volks- und Hauptschule St. Anna.
Fin-19/93	O. Ö. Landesbienezüchterverein Ortsgruppe Steyr; Ansuchen um Subvention für 1993.
SH-1340/93	Alten- und Pflegeheim Tabor; Sanierungsarbeiten in der Küche.
SH-1341/93	Alten- und Pflegeheim Tabor; Mehraufwand an Reinigungsmitteln bedingt durch den Bäderumbau.

Verhandlungsgegenstände:

BERICHTERSTATTER

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Präs-1166/91 Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse - Änderung in der Zusammensetzung; Entsendung von Ersatzmitgliedern.
- 2) Präs-486/78 BMW-Motoren-Ges.m.b.H.; Förderung III. Ausbauphase.
- 3) Präs-711/91 Fachhochschule Oberösterreich; Studiengänge Steyr. Grundsatzbeschuß; Beitritt der Stadt Steyr zum "Verein zur Vorbereitung und Förderung von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr" und Freigabe von S 2 Millionen zur Bestellung eines Kernlehrkörpers.
- 4) Fin-75/93 Rückzahlung für das Jahr 1993 von Steyrer Sportvereinen abgeführte Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.
- 5) GHJ1-141/93 Ankauf eines Fotoprotokolliergerätes; Bewilligung einer Kreditübertragung.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER ERICH SABLİK:

- 6) Ha-7419/90 Rot-Kreuz-Bezirksstelle Steyr-Stadt; Zu- und Umbau; Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

- 7) Ha-7347/92 Museum Industrielle Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention.
- 8) K-6216/89 Verein Industriemuseum Steyr; Beitrag der Stadt.
- 9) Fin-53/93 Honorarzahungen an Kursleiter der Volkshochschule für das Kalenderjahr 1993; Kreditüberschreitung.

BERICHTERSTATTERIN

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

- 10) SH-4438/92 Flüchtlingslager Stelzhamerstraße; finanzielle Abwicklung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 11) ÖAG-183/93 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn;
Stadtwerke Verlustersätze 1993; Akontozahlung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 12) Ha-8310/89 Stiftskirche Gleink; Innenrestaurierung; Jahresrate 1993.
13) Bau5-3890/91 Stadtpfarrkirche - Außenrestaurierung; Dominikanerhof.
Ha-3202/86

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 14) Bau5-7623/89 Fußgängerübergang Plenkberg; Stahlbau- und Baumeister-
arbeiten; Schlußrechnung.
15) Bau3-5460/92 Straßenbau; Verlängerung Siemensstraße; Kreditübertragung.
16) Bau3-27/93 Kanalisation Christkindlsiedlung; Erd-, Baumeister-,
Bau6-28/93 Rohrverlegungs-, Straßenbau- und Beleuchtungsarbeiten;
Mittelfreigabe 1994.
17) Ha-6604/92 Dipl.-Ing. Hermann Proyer; Aufschließung Sandmayr-Gründe;
Zahlung der ersten Jahresrate.
18) Bau2-6860/92 Bebauungsplan Nr. 36, Leeberggründe; Änderung Nr. 1.
ABGESETZT !

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung, begrüße Sie herzlich und stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint. Als Protokollprüfer wurden mir gemeldet die Herren GR. Fürweger Günter und GR. Lengauer Engelbert. Sind die beiden einverstanden? Danke sehr. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte Götz und Bachner. Anfragen wurden an den Bürgermeister nicht gestellt, daher ist bei Tagesordnungspunkt 2 kein Aufenthalt, wir kommen zu den Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich darf hier noch einmal offiziell berichten, was zum Teil, in den Medien gestanden hat, daß der Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Steyr bei den Steyrer Wirtschaftsbetrieben BMW, SNF, SAT zum Anlaß genommen wurde, um die Themen Nordspange, Beschäftigungssituation, aber auch die Ausbildungssituation in der Lehrwerkstätte dieses Betriebes entsprechend zu erörtern. Ich darf dem Gemeinderat berichten, daß sich der Herr Bundeskanzler dafür einsetzen wird, daß die Nordspange frühzeitig - also nach Möglichkeit sofort, im 1. Halbjahr noch - verordnet wird und daß er auch bemüht ist, zu einem Finanzierungsmodell beizutragen. Wobei wir eine ganz wichtige Hürde genommen hätten, wenn sich diese Voraussetzungen auch erfüllen lassen. Wir wissen, daß das im Hinblick auf die Reparaturbedürftigkeit der Rederbrücke eine ganz vitale Frage für unsere Stadt ist. Es ist außerdem beredet worden und er hat erklärt, daß ein Modell gefunden werden soll unter Beteiligung des Bundes und unter Federführung des Herrn Sozialministers, daß die Lehrwerkstätte eine bessere Auslastung

erfährt bzw. daß hier diese rezessive Entwicklung, die auch dazu führt, daß weniger Lehrlinge im gewerblichen Beruf ausgebildet werden, nicht dazu führen soll, daß die Lehrwerkstätte in Bedrängnis gerät und vielleicht aufgelassen wird. Hier wird also eine Einwirkung des Bundes zu erwarten sein und es wird dadurch sichergestellt, daß neben den schulischen Ausbildungen auch die gewerbliche Ausbildung für die Zukunft unserer Wirtschaftsregion gesichert erscheint. Am Dienstag dieser Woche habe ich mit Vertretern des Wasserverbandes Steyr im Beisein des Kollegen Eichhübl, der Vorsitzender ist, des Hrn. Bürgermeister Steininger aus Garsten und des Hrn. Bürgermeister Well aus St. Ulrich bei Hrn. Landesrat Achatz vorgesprochen. Thema war die Trinkwasserversorgung unserer Stadt, besonders unter dem Aspekt, daß uns diese Verunreinigung im vergangenen Jahr große Sorgen bereitete und Kosten verursachte. Wir wollen versuchen, das Thema, das öfter auch schon im Gemeinderat diskutiert wurde, auch zu einem Thema auf Landesebene zu machen, nämlich ein zweites Standbein für die Trinkwasserversorgung in Steyr zu erreichen, wobei das Landeswasserversorgungsprojekt Molln hier im Vordergrund steht. Es gibt aber noch andere Möglichkeiten, wie uns die Experten der Landesregierung gesagt haben, nämlich hier auch im Brunnenfeld Tinsting bzw. im Bereich der Enns auf der Höhe von Ternberg bzw. Reichraming oder unterhalb der Stadt im Bereich Winkling die Vorkommen genau zu überprüfen und nach Chancen zu suchen, wie die Trinkwasserversorgung unserer Stadt verbessert werden könnte bzw. neue Vorkommen erschlossen werden könnten. Als Ergebnis dieses Gesprächs darf mitgeteilt werden, daß die Landesregierung unsere Stadtwerke

- unser Trinkwasserversorgungsunternehmen - einladen wird, die Ennskraftwerke, die sich mit der Materie auch beschäftigen, aber auch hier die Experten der Landesregierung mit dabei sein sollen, um das Projekt Molln weiterzuverfolgen, wobei beim Projekt Molln voraussichtlich Mitte des Jahres Untersuchungsergebnisse vorliegen werden, von denen es abhängt, ob dieses Projekt weiterverfolgt werden kann. Im Bezug auf die Debatten, die wir in der Stadt und in der Gemeinde - im Gemeinderat - gehabt haben, habe ich am 6. 12. 1993 einen Brief an den Herrn Bundesminister geschrieben. Mag. Viktor Klima, der Bundesminister, hat mir einen Brief zurückgeschrieben und mir mitgeteilt, daß er durch eine verkehrspolitische Weisung einerseits ein Überdenken der geplanten Maßnahme bewirkt, andererseits den Gebietskörperschaften der Österr. Bundesbahnen einen zeitlichen Spielraum verschafft hat, um Gespräche über die Finanzierung eines Teiles der Kosten des Nahverkehrs zu ermöglichen. Bezüglich der Angebotsgestaltung werden die Österr. Bundesbahnen bereits in Kürze Verhandlungen mit den Bundesländern aufnehmen und entsprechende Leistungspakete anbieten. Darüber hinaus weist der Bundesminister Mag. Klima darauf hin, daß alle Regionalpolitiker die widmungsgemäße Umsetzung der Mittel aus der Mineralölsteuererhöhung - das sind für Oberösterreich 218 Mio Schilling für den öffentl. Nahverkehr vom Land - einfordern sollen, so daß mit diesem Geld entsprechende Nahverkehrsleistungen bei den Österr. Bundesbahnen eingekauft werden können. Ich werde diesem Angebot des Herrn Bundesministers entsprechen und in den nächsten Tagen ein Schreiben an den Herrn Landeshauptmann Dr.

Ratzenböck richten, weiß aber, daß auf Landesebene Gespräche im Gange sind, die zum Teil mit dem Verkehrsverbund zusammenhängen, zum Teil aber überhaupt mit den Fragen der Nahverkehrsfinanzierung. Und hier wird man auch rechtzeitig unsere Vorstellungen einbringen müssen, aber es wird auch abzuwarten sein, wie diese Gespräche laufen, welche Möglichkeiten sich für unsere Stadt ergeben. Betreffend der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage sind leider keine positiven Berichte zu bringen. Eine dramatische Entwicklung hat sich ergeben und zum Jahreswechsel ist der Stand der Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 10,5 % ausgewiesen, das hatten wir nicht mehr seit den 50iger-Jahren und vor den 50iger-Jahren. Es zeigt sich, daß hier besonders bei den Männern eine Steigerung der Arbeitslosen stattfindet, gegenwärtig sind es überwiegend Bauarbeiter, das ist zum Teil saisonell bedingt, aber es ist auch eine strukturelle Arbeitslosigkeit, die sehr bedrohlich aussieht. Eine positive Meldung kann allerdings auch abgesetzt werden, nämlich die, daß uns bei unserem gestrigen Besuch bei dem Unternehmen SKF von der Geschäftsleitung mitgeteilt wurde, daß hier offenbar die Talsohle durchschritten ist und daß hier mit einer Personalaufstockung um 50 Mitarbeiter in den nächsten Wochen und Monaten zu rechnen ist. Es zeigt sich, daß auch die Prognosen hier eigentlich positiv sind und dieser Weltkonzern SKF, der ja mit einem Marktanteil von 20 % auf der Welt tätig ist, einen Umsatzzuwachs von 5 % erwartet, was eigentlich heißt, daß dieser Weltkonzern doch die Konjunktorentwicklung insgesamt positiv einschätzt. Zum Schluß noch eine sehr erfreuliche Mitteilung: Vorgestern ist der Trägerverein zu Errichtung des IPTO, dieses Institutes für Industrielle

Planungstechnologien, im FAZAT Steyr gegründet worden. Es ist ein Kreis von Prominenten Mitgliedern in diesem Präsidium. An der Spitze der Universitätsprofessor Dr. Zeichen, Hr. Dr. Durchschlag; der Geschäftsführer der TMG in Oberösterreich, Mag. Pistl, dann der Herr Dir. Dr. Haider, der schon einmal bei der Steyr-Daimler-Puch tätig war und jetzt im Raum Wels in einem führenden Unternehmen tätig ist, und der Herr Abgeordnete Gartlehner. Es scheint also hier auch ein Finanzierungsansatz schon für das heurige Jahr vorhanden zu sein, es wurde nämlich mitgeteilt, daß hier der Herr Vizekanzler Busek in seiner Eigenschaft als Wissenschaftsminister auch für dieses Institut, für die Errichtung dieses Technologieknosens unterstützend mitwirken wird. Ich darf Sie unter Punkt 5) bitten, die Beschlüsse des Stadt-senates, die in der Anlage mitgekommen sind, auch zur Kenntnis zu nehmen. Ich hätte gerne, wenn es gewünscht worden wäre, den Tagesordnungspunkt 18) vorgezogen. Das ist aber nach Wunsch unserer heutigen Teilnehmer an der Sitzung, der Interessenten und Anrainer, an diesem Punkt nicht erforderlich, sie wollen gerne warten, bis das in der Tagesordnung ohnehin zur Debatte kommt und wir können in den Tagesordnungspunkt 4) Verhandlungsgegenstände eintreten. Ich darf den Vorsitz abgeben an den Kollegen Sablik.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:
Antrag zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Zur Geschäftsordnung, bitte schön.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Gemäß § 8 Abs. 2 Zeile j stelle ich den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes oder Verhandlungspunktes 18) Änderung des Bebauungsplanes Nr. 36, die Leebergründe. Dazu habe ich folgende Begründung: Die Bebauungsplanänderung ist ein so massiver Eingriff in die lokale Entwicklung, daß es notwendig ist, solange zu warten, bis das Entwicklungskonzept von Prof. Breitling fertiggestellt ist. Dieses Konzept wird ja nach Aussagen vom Hrn. Bürgermeister vor dem Sommer fertiggestellt werden und ich glaube, es ist noch genügend Zeit vorhanden, daß wir bis dorthin warten können, um dann gemeinsam mit Prof. Breitling über diese Entwicklung im Stadtteil Gleink zu diskutieren und auch natürlich mit der betroffenen Bevölkerung. Ich möchte meine Ausführung noch weiterführen, wieso ich diesen Tagesordnungspunkt abgesetzt haben möchte: Viel zu wenig Augenmerk wurde auf den Rest eines Feuchtbiotopes gelegt, das sich im Bereich der Klostermauer vom Stift Gleink befindet. Dieses Biotop reichte früher von Stein bis Niedergleink. Der winzige, noch verbliebene Rest ist biologisch gesehen ein Ried mit niedermoorartiger Vegetation. Dies gibt es weit und breit nicht mehr. Würde es in Oberösterreich eine rote Liste für gefährdete Pflanzengesellschaften geben, wie es sie in Vorarlberg gibt, so wäre dieses Feuchtbiotop sicherlich auf dieser Liste. All diese Punkte sollten in einer Nachdenkpause berücksichtigt werden. Es sind da auch noch weitere Punkte, die ich vergessen habe und näher ausführen möchte. Hier möchte ich vor allem die mangelnde Bürgerbeteiligung ansprechen, die sich nur in Form von zwei Gesprächen im Rathaus abgespielt hat und das ist meines Erachtens überhaupt keine Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung

sollte vor Ort geschehen und das ist meines Wissens nicht passiert. Ich ersuche Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen und gebe das Wort weiter an den Hrn. Bürgermeister.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Das ist sehr nett, danke sehr. Es steht ein Geschäftsordnungsantrag zur Debatte, der lautet, daß der Antrag 18) von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Zu Wort ist gemeldet Herr Dr. Tilman Schwager.

**GEMEINDERAT
DR. TILMAN SCHWAGER:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Diesem Geschäftsordnungsantrag wird unsererseits beigetreten. Und zwar aus folgender rechtlicher Erwägung: Sie wissen, daß ab Januar dieses Jahres das Raumordnungsgesetz 1994 gilt, das seinerzeit als Raumordnungsgesetz 1993 in den Entwurf gegangen ist. Dieses Raumordnungsgesetz 1994 sieht eine wesentlich weitere Beteiligung an dem Verfahren vor, als dies in den vergangenen Rechtsvorschriften der Fall war. Entschieden wird nun oder soll werden über den Antrag jetzt, 1994, d. h. wir haben uns nach der jetzt geltenden Rechtslage zu richten. Gerade in diesem Fall ist es aber geboten, daß unter Beachtung der Bestimmung des § 21 Abs. 2 Raumordnungsgesetz 1994 auch die O. Ö. Umweltanwaltschaft gefragt werde. Meines Erachtens ist der Antrag hier nicht ausgereift, die Beteiligung aller Betroffenen ist hier einzubeziehen, so daß aus diesen Gründen diesem Geschäftsordnungsantrag beigetreten wird.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Ing. Schloßgangl. Ich erteile es ihm.

**STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Begründung der GAL ist einerseits die, daß ein Gutachten von Prof. Breitling eingeholt werden sollte und im Stadtentwicklungskonzept seinen Niederschlag finden sollte. Prof. Breitling hat bereits ein Gutachten erstellt dazu und hat sich an und für sich positiv zu dieser Bebauung ausgesprochen. Ich möchte dazu aber folgendes bemerken: Für uns von der ÖVP ist die verkehrsmäßige Erschließung über die Friedhofstraße und über private Aufschließungsstraßen nicht befriedigend. Wir haben immer zugesagt und den betroffenen Anrainern versprochen, daß der Kronbergweg mit einbezogen wird und werden muß, so daß der Verkehr sich aufspaltet und nicht der gesamte Verkehr über die Friedhofstraße und über den unteren Bereich dieser Siedlung geführt werden soll. Das ist ein Grund, der uns bei diesem Antrag stört. Das zweite ist, wir haben auch zugesagt in den Besprechungen, daß wir ein Verkehrsprojekt erstellen wollen. Es sind Überlegungen und Planungen seitens des Bauamtes im Gange. Das Verkehrsgutachten wurde ja den betroffenen Anrainern zur Verfügung gestellt, es wurde zum Teil kritisiert und nicht so angenommen, wie es dort dargelegt wurde. Es sind sicherlich sehr viele persönliche und subjektive Interessen dabei, davon muß man ausgehen. Ich würde aber für meine Fraktion daher vorschlagen, daß wir uns diesem Antrag zur Absetzung heute anschließen, aber bis dieses Verkehrskonzept seitens Stadt steht und

daß der Kronbergweg definitiv in die Erschließung der Verkehrswege aufgenommen wird. Aber dann soll es zum Beschluß kommen. Dafür verbürge ich mich. Danke.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Sablik. Ich erteile ihm das Wort.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Daß wir heute auf der Tagesordnung unter Punkt 18) über dieses Thema diskutieren und es nun absetzen, ist mir irgendwie zuwider. Zuwider deswegen, weil einerseits sehr viele Stunden bereits mit den Vertretern in der Nähe des Kronbergweges, der übrigens gar nicht zur Diskussion steht in dieser Art und Weise, durchgeführt worden sind und zweitens, daß unsere Fraktion immer betont hat, daß der Wohnbau in Steyr einen gewissen Stellenwert in unserer Fraktion besitzt. Der Stellenwert heißt aber, daß Förderungsmittel an uns vorbei woanders hinfließen. Und nicht in die Steyrer Wirtschaft. Daher bin ich sehr erstaunt, daß der Kollege Schloßgangl als Vertreter der Steyrer Wirtschaft, als Obmann und Vorsitzender der Wirtschaftskammer, hier nicht endgültig Stellung bezieht, wenn der Gestaltungsbeirat ja sagt und wenn Prof. Breitling als Stadtplaner ja sagt. Daß die FPÖ nein sagt, ist mir klar, weil die hängt sich überall an, wo es irgendwie dagegen geht. Das ist mir ja ganz klar. Es gibt nichts, wo die nicht dagegen sind. Aber bei uns steht im Vordergrund, daß bei jeder Wohnungsausschußsitzung gejammert wird über die geringe Anzahl der Wohnungen, die vergeben werden können in Steyr. Bei uns steht

im Vordergrund, daß die Bauarbeiter, wie wir heute gehört haben, unsere Arbeitslosenzahlen auf 10,5 % in Steyr gebracht haben. Man muß sehr genau abwägen, ob diese sogenannten Feuchtbiootope so wichtig sind, um einen Prozentsatz von 10,5 % unter anderem zu garantieren. Wenn die anderen Fraktionen dafür sind, daß wir zu einer nochmaligen Beratung diesen Tagesordnungspunkt absetzen, dann stimmen wir als SPÖ-Fraktion auch dafür. Allerdings verlange ich hier, daß im 1. Quartal dieses Jahres noch darüber in diesem Gremium - im Gemeinderat - endgültig Stellung bezogen werden soll. Es kann nicht angehen, daß wir einerseits keine Arbeit für unsere Leute, keine Aufträge für die Klein- und Mittelgewerbebetriebe haben, und andererseits dieses Thema endlos vor uns hertragen.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke vielmals. Alle Fraktionen haben das Wort ergriffen zu diesem Antrag. Er steht daher zur Abstimmung. Der Antrag lautet, daß der Tagesordnungspunkt 18) von der Tagesordnung abgesetzt werden soll. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr, wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (SP). Der Antrag ist mit der erforderlichen Mehrheit von der Tagesordnung abgesetzt. Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und ich darf dem Kollegen Sablik nunmehr den Vorsitz übertragen.

**BERICHTERSTATTER
BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Im Zusammenhang mit der Teilnahme an den Ausschußsitzungen haben sich

erfahrungsgemäß immer wieder Schwierigkeiten ergeben und aus diesem Grunde ist die Möglichkeit geprüft worden, ob hier nicht auch Ersatzmitglieder bestellt werden können. In den Bestimmungen des § 40 des Stadtstatutes aus 1992 wird diese Möglichkeit eingeräumt, daß hier für die ordentlichen Ausschußmitglieder in den gemeinderätlichen Ausschüssen vertretungsweise andere Mitglieder des Gemeinderates entsendet werden können. In Entsprechung dessen ergeht der Antrag an den Gemeinderat:

- 1) Präs-1166/91
Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse - Änderung in der Zusammensetzung;
Entsendung von Ersatzmitgliedern.

In der konstituierten Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 7. November 1991 wurden die gemeinderätlichen Ausschüsse gem. § 40 StS 1992 neu gebildet und deren Mitglieder durch Wahl bestimmt. Da es verschiedenen Gemeinderatsmitgliedern in letzter Zeit immer schwerer möglich ist, an allen stattfindenden Sitzungen der gemeinderätlichen Ausschüsse in jedem Falle persönlich teilzunehmen, wurde den einzelnen Gemeinderatsfraktionen im Sinne der Bestimmungen des § 40 StS 1992 die Möglichkeit eingeräumt, für die bestellten Mitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse Ersatzmitglieder zu nominieren, die im Verhinderungsfalle für die ordentlichen Ausschußmitglieder der gemeinderätlichen Ausschüsse vertretungsweise an den Sitzungen teilnehmen können. In Entsprechung dessen teilt nunmehr die Gemeinderatsfraktion der FPÖ im Gemeinderat der Stadt Steyr mit Schriftsatz vom 19. November 1993 mit, daß sie um nachstehende Änderung im Kulturausschuß ersucht:

Herr Gemeinderat DI. Frank Mundorff scheidet aus dem Kulturausschuß aus, an seiner Stelle wird Frau Gemeinderätin Felicitas Bauer für diesen Ausschuß nominiert. Weiters gibt die FPÖ Gemeinderatsfraktion mit gleichem Schriftsatz die Nominierung von Ersatzmitgliedern für die gemeinderätlichen Ausschüsse wie folgt bekannt:

1. Finanz- und Rechtsausschuß
DI. Frank Mundorff
Hans-Dieter Götz
Ulrike Fuchs
2. Kulturausschuß
Hans Dieter Götz
Ulrike Fuchs
DI. Frank Mundorff
3. Bauausschuß
Roman Eichhübl
Dr. Tilman Schwager
Hans Payrleithner
4. Wohnungsausschuß
Roman Eichhübl
Dr. Leopold Pfeil
Hans Payrleithner
5. Prüfungsausschuß
Roman Eichhübl
Dr. Leopold Pfeil
Hans Payrleithner
6. Ausschuß für soziale Angelegenheiten
Felicitas Bauer
Ulrike Fuchs
Roman Eichhübl
7. Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten
Roman Eichhübl
Felicitas Bauer
Günter Fürweger
8. Verkehrsausschuß
Roman Eichhübl
Hans Dieter Götz
Ulrike Fuchs
9. Umweltausschuß
DI. Frank Mundorff
Günter Fürweger
Hans Payrleithner

10. Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen
Dr. Leopold Pfeil
Dr. Tilman Schwager
Ulrike Fuchs
11. Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor
Dr. Tilman Schwager
Dr. Leopold Pfeil
Felicitas Bauer

Da die Ausschußmitglieder und auch allfällige Ersatzmitglieder grundsätzlich jeweils von der sie nominierenden Fraktion zu wählen sind, darf vorgeschlagen werden, in der nächsten Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr eine entsprechende Wahl durchzuführen. Ich bitte nunmehr den Vorsitzenden, diese Wahl durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Sie haben den Antrag gehört. Wahlberechtigt sind nur die Mitglieder der FPÖ-Fraktion und ich weiß nicht, ob es nach dem Statut möglich ist, es en bloc zu machen. Wenn das zutrifft, dann bitte ich die Mitglieder der FPÖ-Fraktion - die Änderungsstimmen - um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenprobe. Stimmenthaltungen, nein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, bitte das zu protokollieren.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Weiters teilte die Gemeinderatsfraktion der ÖVP im Gemeinderat der Stadt Steyr schriftlich mit, daß sie um nachstehende Nominierung von Ersatzmitgliedern für die angeführten gemeinderätlichen Ausschüsse ersucht:

1. Finanz- und Rechtsausschuß
Brigitte Lohnecker
2. Kulturausschuß

3. Bauausschuß
Franz Strasser
4. Wohnungsausschuß
Richard Gollatsch
5. Prüfungsausschuß
Brigitte Lohnecker
6. Ausschuß für soziale Angelegenheiten
Engelbert Lengauer
7. Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten
Franz Strasser
8. Verkehrsausschuß
Josef Mayr
9. Umweltausschuß
Engelbert Lengauer
10. Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen
Klaus Jansky
11. Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor
Wilhelm Spöck

Auch hier bitte ich den Vorsitzenden, die Wahl durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Auch nun wird in Folge en bloc abgestimmt. Wenn die Mitglieder der ÖVP-Fraktion für diesen Antrag stimmen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltungen. Nicht notwendig, weil die Einstimmigkeit vorliegt.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Weiters teilt auch die Fraktion der GAL im Gemeinderat unserer Stadt mit, daß sie um nachstehende Nominierung von Ersatzmitgliedern für die angeführten gemeinderätlichen Ausschüsse ersucht:

1. Finanz- und Rechtsausschuß
Marco Vanek
2. Kulturausschuß
Marco Vanek

3. Bauausschuß
Marco Vanek
4. Wohnungsausschuß
Marco Vanek
5. Prüfungsausschuß
Kurt Apfelthaler
6. Ausschuß für soziale Angelegenheiten
Kurt Apfelthaler
7. Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten
Marco Vanek
8. Verkehrsausschuß
Kurt Apfelthaler
9. Umweltausschuß
Kurt Apfelthaler
10. Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen
Kurt Apfelthaler
11. Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor
Kurt Apfelthaler

Ich bitte auch hier den Vorsitzenden, die Wahl durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir kommen hier zur Wahl. Wer von der GAL-Fraktion ist mit diesem Vorschlag einverstanden? Sie zeigen beide die Zustimmung an. Also entfällt die Frage nach Enthaltung oder Gegenstimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine Industrieförderung, und zwar die Förderung der dritten Ausbauphase des BMW-Werkes Steyr. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 2) Präs-486/78
BMW-Motoren-Ges.m.b.H.;
Förderung III. Ausbauphase.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten vom 16. Dezember 1993 wird für die 2. Förderungsstufe der III. Ausbaustufe bei VASSt. 5/7820/776020.3 ein Betrag in der Höhe von S 11.000.000,- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich bitte, die Debatte durchzuführen, bzw. diesem Beschluß zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand zu Punkt 2) das Wort? Das ist nicht der Fall. Zur Abstimmung bitte. Wer für diesen Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine, danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem für uns so wichtigen Thema Gründung eines Fachhochschulstudienlehrganges in Steyr. Und zwar soll ein Teil der Fachhochschule Oberösterreich in Steyr sein, es ergeht hiezu der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 3) Präs-711/91
Fachhochschule Oberösterreich;
Studiengänge Steyr. Grundsatzbeschluß; Beitritt der Stadt Steyr zum "Verein zur Vorbereitung und Förderung von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr" und Freigabe von S 2.000.000,- zur Bestellung eines Kernlehrkörpers.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für präsidiale und öffentlich-rechtliche Angelegenheiten vom 28. Dezember 1993 werden im Zusammenhang mit dem vorliegenden,

durch das FAZAT Steyr erarbeiteten Konzept für den Studiengang "Produktions- und Managementtechnik" der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr nachstehende Grundsatzentscheidungen getroffen:

1. Die Stadt Steyr beabsichtigt, dem zu gründenden "Verein zur Vorbereitung und Förderung von Studiengängen der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr" als Mitglied beizutreten.
2. Die Stadt Steyr erklärt sich bereit, den Aufbau eines Studienganges "Produktions- und Managementtechnik" im Rahmen der Fachhochschule Oberösterreich am Standort Steyr mit hoher Priorität zu betreiben und für die Bestellung des notwendigen Kernlehrkörpers auf Werkvertragsbasis, nach entsprechender Anerkennung durch den Fachhochschulverein Oberösterreich im Budgetjahr 1994 2 Millionen Schilling bereitzustellen. Die diesbezüglichen Mittel können unter den genannten Einschränkungen im Rechnungsjahr 1994 zweckgebunden verwendet werden.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 2.000.000,- bei der VASSt. 5/2890/771000.8 freigegeben.

Ich ersuche auch hier die Debatte abzuwickeln und diesem Antrag zuzustimmen.

VIEZBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

An bisherigen Wortmeldungen Hr. Mag. Philipps, Hr. Stadtrat Zagler, Hr. Stadtrat Schwager.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren der Presse! Zwei Millionen Schilling, ein Betrag, um eine Tür wieder

aufzustossen, die offensichtlich schon verschlossen war. Ein erster Schritt Steyrs, dem Ruf Europas gerecht zu werden. Dieses Geld stellt meiner Ansicht nach einen minimalen ersten Betrag dar, wenn man die Tragweite des gesamten Projektes betrachtet. Und eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich einmal ganz deutlich sagen von dieser Stelle hier: Ich glaube, daß wir hier unserem Bürgermeister nicht genug Dank sagen können für seine Aktivität, seine Weitsicht und seine Ambitionen, hier Steyr in den Vordergrund zu rücken. Aus schulpolitischer Sicht war nämlich meines Erachtens bereits der Zug abgefahren. Und es ist ihm - glaube ich - gelungen, durch seine Aktivitäten und seine Verbindungen bis Wien diesen Zug zumindest zurück in die Station zu bringen und auf Warteposition zu stellen. Unser Juwel Steyr, bekannt als Schulstadt über die Landesgrenzen hinaus, ja ich möchte sogar behaupten über die Staatsgrenzen hinaus bis zu unseren Nachbarstaaten bekannt, soll nun auch den Ruf einer Universitätsstadt bekommen. Ich würde allerdings trotzdem vor überhöhtem Optimismus warnen, weil der Weg noch ein sehr weiter sein wird. Würden wir aber jetzt nein sagen, so würde das doch bedeuten, daß hier die Chance Steyrs für immer vergeben sein wird. Gerüchte, daß es sich bei der Fachhochschule um eine Konkurrenz zur HTL oder HAK Steyr oder überhaupt diesem Schultypus handeln könnte, sind schon mit der Bezeichnung Produktions- und Managementtechnik geklärt. Es kann sich nämlich ausschließlich um eine Weiterführung handeln. Allerdings möchte ich hier noch einmal sehr deutlich sagen, daß es notwendig sein wird, gewisse Anrechnungen für die Absolventen der jeweiligen Schulen durchzubringen. Bei der Durchsicht des

Konzeptes, dessen Vorstellung am 17. 1., nämlich diesen Montag stattgefunden hat, wobei leider nur der halbe Gemeinderat diesen Termin wahrnehmen konnte, und die Tatsache, daß zwei habilitierte Professoren den Kernlehrkörper darstellen sollen, die diesen Lehrplan überprüfen und detaillieren sollen, läßt eine fundierte Ausbildung auf hohem Niveau gewährleisten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle ortsansässigen Schulen - im speziellen jetzt HAK und HTL - haben sich auch bereit erklärt, in einem Vorbereitungslehrgang 1994/95 ihre Kapazitäten sowohl in räumlicher Hinsicht als auch vom Lehrkörper aus zur Verfügung zu stellen. Ich möchte Sie ersuchen, weil ich glaube, daß die Zusammenarbeit aller notwendig ist, hier mitzutun und wieder einmal mehr im Sinne unserer Steyrer Bevölkerung tätig zu werden. Daher würde ich es nur recht und billig ansehen, diesen Betrag und dieser Zustimmung zu diesem Betrag hier Ihr Wort zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, der nächste ist Stadtrat Zagler.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr viel, geschätzte Damen und Herren, wurde in dieser Sache auch schon gesagt vom Kollegen Philipps. Der Dank, den ich ausstatte, ist vielleicht ein bißchen unüblich, weil ich ihn an Dr. Pfeil richte, der in der letzten Stadtssenatssitzung gemeint hat, bevor wir heute hier im Gemeinderat eine Abstimmung machen, soll klarerweise die Informationssitzung über das Thema Fachhochschule entweder vorgezogen werden oder die Gemeinderatsentscheidung hinausgeschoben werden. Das war vielleicht auch der Grund, Harald, warum nicht alle

Gemeinderatsmitglieder diesen sehr kurzfristig anberaumten Termin wahrgenommen haben. Alle jene, die aber dabei waren, konnten sich überzeugen, daß das FAZAT eine hervorragende Vorbereitungsarbeit, eine wirklich sehr gute, konzeptive Arbeit in diesem Sinne geleistet hat. Wenn man sich an die Historie der Fachhochschule oder Fachhochschulstudiengänge kurz zurückerinnert, war vor etwa 4 Jahren oder 3 1/2 Jahren, als die letzten Nationalratswahlen geschlagen waren, im Regierungsübereinkommen einer der bildungspolitischen Schwerpunkte, Fachhochschulstudiengänge als neue Einrichtung im Bildungswesen zu etablieren. Es ist das Fachhochschulstudiengesetz noch gar nicht durch alle Gremien der Beschlußfassung gegangen, trotzdem hat sich hier eine Eigendynamik in großem Ausmaß entwickelt und manche Städte oder mögliche Standorte haben sich förmlich überschlagen in der Bereitstellung von Mitteln, um hier ja die ersten zu sein, die an dieser neuen Bildungseinrichtung teilhaben. Eine dieser sich vordrängenden Städte - oder in die vorderste Front schiebenden Städte - war die Stadt Wels, die sehr prompt auf die Idee der Fachhochschulstandorte 150 Millionen Schilling grundsätzlich beschlossen hat, für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Das war auch das, was Gemeinderat Philipps gemeint hat, die Türen waren schon verschlossen, weil das Land Oberösterreich damit meinte, es sei bereits der Standort gefunden, die finanzielle Absicherung hier gegeben. Das war wirklich damals eine Aktion in letzter Minute, ich nehme an, daß der Bürgermeister selbst im Schlußwort darauf noch eingehen wird, wie er mit Industrievertretern nach Linz gefahren ist, um hier diese geschlossene Tür wieder aufzumachen. Die heutige Entscheidung sollte für uns

Steyrer kein Ende, sondern erst ein Anfang sein in die Richtung Fachhochschulstudiengänge, die es ermöglichen, eine Hochschule zu schaffen, die die Durchlässigkeit der Studenten sowohl in die Praxis wie auch zu den Doktoratsstudien in die Universitätsstädte zuläßt. Und ich habe in der Informationssitzung in meiner Wortmeldung darauf Bedacht genommen, daß es nicht nur bei der Erstellung eines Fachhochschulstudiengangkonzeptes damit abgetan ist, für einen möglichst schönen Lehrplan ein möglichst schönes Curriculum zu finden, einen möglichst schönen Arbeitstitel für den Studiengang zu finden, um damit sich einzureihen in eine Fachhochschule Oberösterreich, sondern viel wichtiger noch als dieses ist es, hervorragende Lehrpersonen zu finden, die hier die Umsetzung durchführen. Und ich glaube, hier sind zwei Dinge von Bedeutung: Das eine ist, das heute schon angekündigte Einrichten des Technologieknottens IPTO in Steyr, wo Professor Zeichen von der Technischen Universität Wien in einer Vorreiterrolle hier auch tätig gewesen ist, von der wissenschaftlichen Seite her. Und die zweite Sache, daß die in Steyr im FAZAT ansässigen Universitätsinstitute, sei es das Institut von Professor Zeichen bzw. das Institut von Professor Stiegler, hier in diese Arbeiten auch eingebunden werden, daß ein Kernlehrkörper gefunden wird, der die Umsetzung des von uns erwünschten Bildungszieles auch ermöglicht. Eine Finanzierungssache soll auch kurz angesprochen werden, weil es klarerweise eine zusätzliche Belastung für Steyr und für das Steyrer Budget sein wird, wenn es zu Fachhochschulstudiengängen kommt, denn in der Konzeption dieser Studiengänge oder der Fachhochschulen ist ja drinnen, daß nicht ausschließlich der Bund als Finanzier

dieser Bildungseinrichtung auftreten soll, sondern andere Gebietskörperschaften, die Industrie und auch die Studierenden möglicherweise selbst. In diesen Zusammenhang ist aber auch einzubeziehen, daß hier auch die Umlandgemeinden in eine konzeptive Arbeit und auch in eine finanzielle Arbeit eingespannt werden sollen. Erst gestern war der Steyrer Stadtsenat von den neuen Vorstandsdirektoren bei KSF Österreich im ehemaligen Wälzlagerwerk eingeladen und hat dort wieder erkennen können, wie wichtig es ist, modernste Technologie zu verwenden und vor allem den Technologietransfer über Ausbildungseinrichtungen in die Industrie hin durchzuführen. Und was - glaube ich - das wesentliche ist, verglichen mit einem Universitätsstudium am technischen Sektor, ist hier die Praxisnähe. Daß nämlich nicht nur im Studienort, in dem Hochschul- oder Universitätsgebäude im Labor gelehrt und gelernt wird, sondern hier auch vor Ort im Industriebetrieb draußen. Das ist hier die große Chance, die ergriffen werden soll. Eine weitere Chance, die man hier erkennen kann, ist, daß durch Vorbereitungslehrgänge auch der große Sektor der Fachschüler bzw. der große Sektor der Facharbeiter angesprochen wird, sich hier in einem weiteren Bildungsorgan in Berufe höher zu qualifizieren, die oftmals ihre bisherigen Berufe ersetzt haben oder noch ersetzen werden. Ein wesentliches Argument - und das ist der Schluß meiner Wortmeldung - soll auch die Studienart und Studiendauer sein. Während an der Technischen Universität mit einer Normstudiendauer oder gesetzlichen Studiendauer von etwa 10 Semestern, je nach Studienart, gerechnet wird und die tatsächliche Studienart im Bereich der 20 Semester und mehr liegen, soll hier bei der Fachhochschule und bei einem

Fachhochschulstudiengang die Dauer von 7 - 8 Semestern nicht nur die gesetzlich fundierte sein, sondern auch die, die von einem großen Prozentsatz der Studenten eingehalten werden kann. Das ist - wie gesagt - auch eine Sache, die hier dem Standort oder die Qualität dieser Fachhochschulstudiengänge gegenüber einer universitären Ausbildung für eine Region wie Steyr nötig macht. Und nachdem sich ja alle Fraktionen in den Vorbesprechungen schon mehr oder weniger bereit erklärt haben, ihre Zustimmungen zu erteilen, möchte ich das auch so sehen, daß wir heute die Chance haben, auch der Öffentlichkeit gegenüber unseren gemeinsamen Willen hier zu dokumentieren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke schön, Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Es ist - Du hast Recht - unser gemeinsamer Wille. Es war wirklich eine glückhafte Fügung, daß ich bei dem so kurzfristig ausgeschriebenen Termin anwesend sein konnte, aber es war wirklich sehr wertvoll für jeden von uns - glaube ich - der die Gelegenheit hatte, diese Präsentation zu genießen - im wahrsten Sinne des Wortes - als uns nämlich dort wirklich sehr kompetent dargelegt wurde, wie diese Lehrgänge an der sogenannten Fachhochschule gestaltet werden sollen einerseits, und andererseits auch, was sehr wesentlich ist, die Unterscheidung eben zwischen dem doch eher schulischen Bereich und der eher schulischen Arbeit auf der sogenannten Fachhochschule und dem Studium an Technischen Universitäten, als eben einerseits in der Fachhochschule es so heruntergeht, wie in einer

Mittelschule, jetzt von der Art der Unterrichtsabwicklung her, mit Präsenzpflicht und vorgegebenem Lehrplan und im Gegensatz eben zum universitären Bereich, wo eine Lehr- und Lernfreiheit herrscht, das heißt, wo man sich eben das selbst auszusuchen hat und selbst zu gestalten hat, wie man das Studium ausrichten will. Daß hier diese Präsentation noch vor der Gemeinderatssitzung erfolgen konnte, war - wie gesagt - ein Mordsgewinn für uns alle. Die Fachhochschule als solche wird hin und wieder - und da mußte ich in einem Kreise am Dienstag abend den Herrn Präsidenten Dr. Johannes Riedl etwas korrigieren, als er nämlich - ich weiß nicht, es war hoffentlich kein Freudscher Versprecher - die Fachhochschule Wels genannt hat, daß diese eben Fachhochschule Oberösterreich heißen soll und wird und daß wir hier in Steyr eben sehr bestrebt sind, Fachlehrgänge zu gestalten. Es ist schon angeschnitten worden, daß Wels und Hagenberg hier die Nase etwas weiter vorne hatten, daß wir aber die besten Möglichkeiten haben, diese Chance zu nützen. Steyr war immer im schulischen Bereich und im Ausbildungsbereich der Jugend zu verschiedenen Pionierleistungen bereit, wir haben das auch damals anlässlich dieser Sondersitzung schon erörtert. Ich bin sehr froh, daß wir hier einmütig der Auffassung sind, diese Chance zu nützen. Es ist recht, daß wir zustimmen, wenn auch - lieber Harald - leider nicht billig, wie Du gesagt hast. Aber wir müssen diesen Spieleinsatz - ich muß ihn einmal so nennen, weil das kann es natürlich sein, wenn es wirklich schlecht ginge. Aber mit Pessimismus kommt man bekanntlich nicht weit, denn mein Vater hat immer gesagt, Pessimist ist der einzige Mist, auf dem nichts wächst. Wir müssen da mit dem entsprechenden Optimismus rangehen, dann - glaube ich

- haben wir auch die Chancen, unseren Willen, den wir hier dokumentieren, durchzusetzen, so daß wir also auch aus wirklich voller Überzeugung diesem Antrag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke schön, Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Die Wortmeldung des ÖVP-Obmannes erfolgt aus dem Grund, daß nicht ein einseitiges Bild gezeichnet wird, an sich ist es ein einhelliges. Wir haben alle auch schon in Resolutionen des Gemeinderates uns darauf festgelegt, daß wir Steyrerinnen und Steyrer einen Fachhochschullehrgang in Steyr wollen. Der Bürgermeister hat sich auf die Spur gesetzt und hat mit den Landes- und Bundesstellen den Willen der Gemeindevertretung vollzogen. Das ist eine ordentliche Leistung gewesen, es ist auch seine Pflicht gewesen. Die Zusage der Landesstellen, sich für eine Einbindung der Möglichkeiten, die Steyr bietet, zu verwenden, war schon im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres abzusehen, weil sie auch in diversen privaten Gesprächen von diversen Vertretern des Gemeinderates bei diversen politischen Gruppierungen des Landes schon gegeben war. Aber was hilft die größte Verwendungszusage, wenn dann die Tat fehlt, und die Tat ist jetzt in der Tat so vollzogen, daß es schlicht und einfach die Fachhochschule Oberösterreich gibt, Präsident Riedl hat sich also, wenn er hier zitiert wurde, gewiß versprochen, weil es in einem Kreis, der mir zugänglich ist, ganz ausdrücklich die Initiative des Präsidenten Riedl war, von einer Fachhochschule Oberösterreich zu sprechen. Ursprünglich hätte das gute Kind nämlich wirklich Fachhochschule Wels geheißen. Und

hier ist ja das ein gutes Beispiel dafür, daß, wenn alle miteinander ein Ziel erreichen wollen, es dann auch geht. Wenn die Einzelparteiegoismen zurückgestellt werden, um ein Ziel zu erreichen, ist das für die Gemeinschaft sicher effektiver, wie wenn die eine oder die andere Gruppe versucht, die Nase vorn zu haben und um des billigen Gags wegen, die anderen dumm sterben zu lassen. Das wäre also schon ein sehr gutes Beispiel dafür, daß man in der Kooperation im modernen Geist, Dinge auch wirklich zur Umsetzung bringen kann. Ein Beispiel liegt am Tisch, es ist unsere Aufgabe, diesem Beispiel nachzufolgen. Wir werden auch noch Anlaß genug haben dazu, nämlich zum einen die Fachhochschule tatsächlich ins Leben zu rufen, heute beschließen wir ja nur die Freigabe von Mitteln für einen Kernlehrkörper, der nominell noch nicht existiert, also die Freigabe soll ja eigentlich wirklich nur den guten Willen der Gemeindevertretung zeigen, das wirklich ohne Verzug voranzutreiben. Denn im Prinzip wäre die Freigabe ja noch gar nicht erforderlich, es würde eine Willenserklärung genügen, aber wir sollen hier wirklich ganz bewußt als Gemeindevertretung zeigen, wir wollen das machen und wir stellen auch das minimal erforderliche Geld, mehr ist in diesem Stadium nicht aufzuwenden, wir stellen das auch zur Verfügung. Und zwar, wie das so schön heißt, ohne wenn und aber. Das ist der Sinn des Beschlusses, den Sie heute fassen mögen und um das bitte ich sehr herzlich.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke schön, Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich war ein kleiner Teil, nämlich 1,69 m Körpergröße von jener Hälfte der anwesenden Gemeinderäte, die der Kollege Philipps angezogen hat und kann nur das bestätigen, was vor mir Dr. Schwager gesagt hat, daß ich auch mit einem sehr positiven Eindruck über die Erklärungen dieser Fachhochschule, die hier in Steyr installiert werden soll in Zukunft, von dieser Räumlichkeit weggegangen bin. Aber ich möchte doch auf einen Bereich, wo ich erlaubt habe, einen Zwischenruf zu machen, eingehen, nämlich auf jenen, wo von einem Konkurrenzverhältnis die Rede war. Das war es nämlich auch am Montag am Abend, wobei die Frage sehr konkret dann auch von mir gestellt wurde, inwieweit das tatsächlich ein Konkurrenzunternehmen zur HTL sein kann. Nur die Experten, Kollege Philipps, waren sich da nicht einig, ob das eher im technischen Lehrbereich ist, nämlich sprich HTL, oder aber im Bereich der wirtschaftlichen Überlegungen bei diesem Konzept über den Studiengang Produktions- und Managementtechnik. Das nur als Beitrag von mir, was mich aber selbstverständlich nicht daran hindern wird, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke schön. Gibt es zu diesem Thema weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, ersuche ich den Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte vielleicht sagen, es ist schon ein Schritt in eine richtige Richtung, daß wir hier sozusagen auf der Bildungsschiene

weitergehen. Es ist eine Entwicklung durch die Europäische Gemeinschaft im Gang, die uns hier wirklich Handlungen aufzwingt und die erfordert, daß wir sie setzen. Und ich möchte sagen, es hat bei der Begründung dieser Fachhochschule in Oberösterreich in Wahrheit zwei Denkschulen gegeben. Die eine war die des Herrn Landesrates Leitl, der gemeint hat, es soll eine zentrale große Schule geben, es hat auch Studien gegeben, die dies alleine quasi als wirtschaftlich hinstellen oder darstellen und da müssen mindestens 1200 Hörer sein und ich weiß nicht was. Und er war halt der Meinung - und auch der Herr Bürgermeister Pregartner, was dem nicht zu verdenken ist - es könnte Wels ein guter Platz sein. Wir waren anderer Meinung und ich muß eigentlich sagen, daß sich von Anfang an der Herr Landesschulratspräsident Dr. Riedl für die andere Denkschule ausgesprochen hat, nämlich hier eine Fachhochschule Oberösterreich mit dislozierten Standorten. Und wir haben hier auch sehr intensive Kontakte gehabt und auch sehr heftige - in der Öffentlichkeit zum Teil durchgeführte - Auseinandersetzungen mit dem Herrn Landesrat Leitl. Mittlerweile muß ich sagen, daß der Herr Landesschulratspräsident Riedl - noch immer auf seiner Vorstellung beharrend - uns sehr zweckdienlich zur Seite steht, auch in diesem Verein, den es gibt und wo wir ja momentan noch nicht Vollmitglied sind. Und deswegen ist ja auch dieser Beschluß heute wichtig, daß wir das werden können, daß wir es beantragen können. Weil die Welser, die halten uns immer vor, welche Leistungen sie finanzieller Natur bringen. Vor 3 oder 4 Stunden bei der Eröffnung des Design-Centers hat es mir der Bürgermeister Pregartner gerade wieder gesagt. Ich habe gesagt, wir sind zwar die armen Verwandten, aber wir strengen uns auch sehr an und

wir bringen dafür sehr viel Geist ein und sehr viele Möglichkeiten aufgrund unserer Betriebe in unserer Stadt, die nirgends in dieser Konzentration auftreten. Und das ist die Chance, weil diese Betriebe schon dahinterstehen und uns dabei massiv unterstützt haben. Das darf man nicht vergessen, das hat uns natürlich hier große Vorteile gebracht, denn es kann sich auch der Wirtschaftslandesrat einem gemeinsamen Auftritt der vereinigten Industrieunternehmen aus Steyr nicht verschließen. Und wenn die Chefs dieser Unternehmungen gemeinsam mit dem Bürgermeister antreten, dann zeigt das doch eine gewisse Wirkung. Und ich muß sagen, auch Herr Dr. Leitl ist mittlerweile positiv zur Begründung eines Fachhochschulstudienlehrganges in Steyr eingestellt. Es trennen uns vielleicht noch die Vorstellungen über das Timing. So würde ich das vielleicht bezeichnen. Und wenn Karl Holub gesagt hat, es ist meine Pflicht, mich dafür einzusetzen, dann gebe ich ihm recht, aber in dem Fall würde ich noch dazusagen, daß die Pflicht zur Freude wird. Ich bitte nunmehr, die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer will der Freude beitreten? Alle. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Rückzahlung der abgeführten Lustbarkeitsabgabe an Steyrer Sportvereine im Jahr 1993 in Form einer Subvention. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

4) Fin-75/93

Rückzahlung für das Jahr 1993 von Steyrer Sportvereinen abgeführte Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 30. Dezember 1993 wird der Rückzahlung der für das Jahr 1993 von Steyrer Sportvereinen abgeführten Lustbarkeitsabgabe im Subventionswege in nachstehendem Umfang zugestimmt:

SK Vorwärts Steyr	
Sektion Fußball	S 542.679,--
(Stundungszinsen)	S 20.170,--
SK Amateure	
Sektion Fußball	S 13.308,--
ATSV Vorwärts Steyr	
Sektion Fußball	S 3.891,--
ATSV Stein	
Sektion Fußball	S 978,--
ASV Bewegung	
Sektion Fußball	S 2.608,--
ATSV Vorwärts	
Sektion Eishockey	S 2.934,--
Reitclub Steyr	S 164,--
ASKÖ Basketball Steyr	
Sektion Basketball	S 167,--
ASKÖ BSG	
Sektion Basketball	S 4.066,--
Gesamt	S 590.965,--

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Schwager hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war schon nahe daran, einen kleinen Abänderungsantrag

einzubringen, aber wir haben es dann sein lassen, nämlich deswegen, weil ich erfahren habe, daß es da Zusagen gibt, zu denen die Stadtgemeinde stehen soll, was die Refundierung der Lustbarkeitsabgabe anlangt. Aber was mich gestört hat - und das sei hier kritisch angemerkt - das ist die Refundierung der Stundungszinsen von lediglich zwar S 20.170,-, wenn ich es richtig im Kopf habe, aber das ist meines Erachtens nicht richtig. Wenn ich schon eine derartige großzügige Subventionierung von S 542.000,- gebe, kann ich doch verlangen, daß der Kapitaldienst von dem Subventionsempfänger gezahlt wird. Ich bitte wenigstens pro futura darauf zu achten, daß derartige Anträge etwas sorgfältiger vorbereitet werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin auch der Meinung von Herrn Dr. Tilman Schwager und er hat es mir zum Teil schon vorgenommen, ob es der richtige Weg ist, ob es überhaupt rechtlich gedeckt ist, über Stundungszinsen eine Subvention auszusprechen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit überhaupt hier die Frage stellen an den Gemeinderat: Ist es der richtige Weg, eine Lustbarkeitsabgabe als Subvention rückzuerstatten? Wäre nicht der richtigere Weg, eine Nachsicht hier zu gewähren bzw. wenn eine Nachsicht nicht geht, wäre überhaupt - glaube ich - der korrektere Weg, die Lustbarkeitsabgabe einzuheben und dann eventuell eine unabhängige direkte Förderung, wenn sie gebraucht wird, zu gewähren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wie alle Jahre wieder, Herr Stadtrat Zagler zu diesem Thema.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren. Nicht als Mitglied im Vorwärts-Vorstand, sondern als Finanzreferent darf ich mich zu diesem Akt, der zum Beschluß vorliegt, äußern. Es ist wieder einmal die schiefe Optik, die uns zu dieser Diskussion treibt, denn an und für sich ist das, was hier steht, von uns beschlossene Sache. Das heißt, vor etwa einem Jahr wurde beschlossen, die Stundungszinsen im Wege der Rückerstattung an den SK Vorwärts Steyr zurückzugeben. Es hat damals auch eine ähnliche Diskussion stattgefunden, und zwar im Stadtsenat, muß ich dazusagen. Das einzige, was die Diskussion diesmal wieder aufflammen ließ, ist eigentlich der Extra-Ausweis dieses Betrages, der uns wieder mit der Nase darauf gestoßen hat, daß eigentlich jene Ungleichbehandlung verschiedener Sportvereine stattfindet, was natürlich verschiedene Möglichkeiten eröffnet, diesen Zustand zu sanieren und das auf bessere Beine zu stellen. Wenn über die Kapitaldienste zu sprechen ist und man dann liest, daß der Basketballverein S 167,- hier an Vorfinanzierungsleistung für die Gemeinde im Laufe des Jahres abgeliefert hat, der Reitclub Steyr S 164,-, also sind das im Prinzip vernachlässigbare Größen vom Betrag her. Aber ich gebe recht, das Gerechtigkeits- und Gleichheitsgefühl ist dadurch gestört. Es gibt mehrere Möglichkeiten, das zu sanieren. Ich bitte, das vielleicht so zu belassen, daß wir den Beschluß heute fassen können und daß wir uns für das Jahr 1994 eine Vorgangsweise überlegen, die nicht großartige

Änderungen unserer Gebührenordnung bringt, aber doch eine Gleichstellung der Vereine mit sich bringt, damit also zumindest die Ungerechtigkeit und Ungleichheit ausgeschaltet wird. Ich werde den Geschäftsbereich II damit beauftragen, daß wir hier eine Lösung herbeiführen, damit wir uns diese leidige Diskussion, die an und für sich an der Sache nicht rüttelt, vom Tisch bringen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Das war die letzte Wortmeldung. Bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dem Prinzip Gerechtigkeit soll hier Sorge getragen werden, daß das kommt. Beschwerft hat sich allerdings kein Verein bei mir als Sportreferent. Beschwerden sind wegen anderen Dingen bei mir eingelangt. Aber wir müssen da endlich einmal eine Möglichkeit, eine Vorgangsweise finden, die aber auf der anderen Seite auch nicht wieder einen neuerlichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt, den natürlich diese Beträge auch nicht rechtfertigen würden. Daher bitte ich das einmal so zu beschließen heute.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Antrag steht, diskutiert ist auch. Wer für diesen Antrag die Zustimmung gibt, bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Außer Protokoll: Der Herr Vizebürgermeister macht geltend, daß die FPÖ nicht gegen alles ist. So, Punkt 5) bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft den Ankauf eines Fotoprotokolliergerätes und zwar die Bewilligung einer Kreditübertragung. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) GHJ1-141/93

Ankauf eines Fotoprotokolliergerätes; Bewilligung einer Kreditübertragung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverordnung vom 21. Dezember 1993, womit wegen Dringlichkeit nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit nachträglich genehmigt:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle für Organisation wird dem Ankauf eines Fotoprotokolliergerätes der Marke CASIO BOARD CP 1000 bei der Firma Eisenberger, Linz, zum Preise von S 19.080,- (incl. MWSt) zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 20.000,- von der VAST. 10100728000.7 auf die VAST. 101300342000.3 zugestimmt. Die Deckung der Kreditübertragung hat durch die VAST. 10100728000.7 zu erfolgen.

Ich bitte auch hier den Gemeinderat um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Gibt es hier Wortmeldungen? Herr Dipl.-Ing. Mundorff zum Rednerpult bitte.

GEMEINDERAT

DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch wenn es sich hier um einen relativ kleinen Betrag handelt, aber Kleinvieh macht ja auch bekanntlich Mist, möchte ich doch hier die grundsätzliche Frage stellen, daß einerseits aufgeführt ist, daß dies eine

sehr aufwendige und schwierige Arbeit ist, die hier wegfällt durch diese technische Möglichkeit, andererseits finde ich keinen Hinweis darauf, welche Möglichkeiten einer Einsparung bei Entfall von sehr aufwendigen Tätigkeiten sich ergeben. Und ich würde in Zukunft bitten, daß in solchen Fällen viel mehr auf diese Dinge geachtet wird und das auch entsprechend ausgeführt wird in den Amtsberichten. Danke.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:**

Weitere Wortmeldungen dazu? Keine. Ich bitte Herrn Bürgermeister wieder zum Pult.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Meine Damen und Herren, ich muß mich darauf verlassen, welche Begründungen hier für diesen Ankauf genannt werden von den Fachleuten, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt haben. Es werden hier die Vorteile dieses Fotoprotokolliergerätes aufgezeigt. Erstens einmal ist die Möglichkeit des Ausdruckes im Format A 4 gegeben. Die Arbeitsergebnisse können bereits zu Sitzungsende den Teilnehmern ausgehändigt werden, sofortige Kontrolle hinsichtlich Inhalt und Belichtung, sofortige Korrektur ist möglich. Eine einfache und unkomplizierte Handhabung sowie der Anschluß an den betreffenden Akt ist ebenfalls möglich. Die Nachteile eines Fotoapparates sind auch aufgezählt: Durch die Fotografie wird der Inhalt verkleinert dargestellt, eine nachträgliche Vergrößerung ist daher notwendig. Die Vergrößerung eines Polaroidfotos mittels Kopierer bringt schlecht lesbare Ergebnisse. Die Kosten für ein Polaroidfoto betragen S 20,--. Aufwendig ist es deswegen, weil ein zwei- bis dreigeteilter Vorgang - fotografieren, entwickeln, vergrößern - notwendig ist.

Und schließlich muß hier ein Foto zunächst auf DIN A 4 Format vergrößert werden, erst dann ist eine Kopie möglich, weil ansonsten die Bildqualität nicht ausreichend ist. Ich hoffe, daß das Ihnen, Herr Dipl.-Ing. Mundorff eine ausreichende Begründung ist. Ich finde sie jedenfalls schlüssig.

**Zwischenruf von GEMEINDERAT
DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:**

Danach habe ich ja nicht gefragt. Ich habe ja nach den Einsparungen im Personalbereich gefragt.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Das war die Debatte auf Ihren Beitrag, offenbar in Ihrer Fraktion bezogen, im Stadtsenat vorgebracht durch den Herrn Dr. Pfeil. Jetzt habe ich mich natürlich auf das technische Moment vorbereitet. Sie haben nämlich gesagt, bei BMW wird das mit einem normalen Fotoapparat fotografiert, das hat der Herr Dr. Pfeil gesagt. Jetzt habe ich mich damit befaßt, jetzt ist es Ihnen auch nicht recht. Bitte um Abstimmung.

**VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:**

Ich warte, bis das Volksgemurmel sich gelegt hat. Wer für den letzten Antrag des Bürgermeisters stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen. Keine. Danke, der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Ich übernehme den Vorsitz und erteile das Wort dem Kollegen Sablik zu seinem Bericht und Antrag.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGER-
MEISTER ERICH SABLIK:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich ersuche Sie um Freigabe der letzten Rate in Höhe von S 4.100.000,- zur Finanzierung des Gebäudes des Roten Kreuzes in der Redtenbachergasse. Der Vorgang ist Ihnen ja jahrelang bekannt. Vielleicht darf ich hier bekanntgeben, daß bei der Vollversammlung des Roten Kreuzes die Feststellung gemacht wurde, daß der Generalunternehmer Dipl.-Ing. Klaus Girking den Voranschlag eingehalten bzw. sogar geringfügig unterschritten hat.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

- 6) Ha-7419/90
Rot-Kreuz-Bezirksstelle Steyr-Stadt;
Zu- und Umbau; Finanzierungs-
beitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für präsidiale und öffentlich-rechtliche Angelegenheiten vom 21. Dezember 1993 wird der Leistung des dritten Teilbetrages durch die Stadt Steyr für den Um- und Neubau des Rot-Kreuz-Gebäudes in der Redtenbachergasse in Höhe von 4,1 Millionen Schilling, zahlbar unmittelbar nach Beschlußfassung durch den Gemeinderat der Stadt Steyr, zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kann man sich wieder ein wenig konzentrieren, die Kollegen an der rechten Seite. Ich bitte den Herrn Vizebürgermeister, fortzufahren.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich bin schon fertig. Mein Antrag ist beendet, ich bitte um Durchführung der Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, wer wünscht zu dem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Einstimmig angenommen. Sehr rasch erledigt, Herr Kollege, man merkt, der Urlaub, der bringt Sammlung und Konzentration und Effektivität bei der Arbeit. Nächster Berichterstatter Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil. Ich ersuche ihn, seine Berichte und Anträge zu bringen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag vom Verein Museum Industrielle Arbeitswelt für eine Subvention in Höhe von 1 Million Schilling rückwirkend, das heißt für das Rechnungsjahr 1993. In der Begründung wird folgendes angeführt.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderates:

- 7) Ha-7347/92

Museum Industrielle Arbeitswelt;
Gewährung einer Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 13. Dezember 1993 soll dem Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, eine weitere Betriebssubvention als einmalige, nicht rückzahlbare Subvention, in der Höhe von 1 Million Schilling nach Vorlage von Originalbelegen über die widmungsgemäße Verwendung gewährt werden.

Damit wird sichergestellt, daß gemeinsam mit Bund und Land Oberösterreich die Stadt Steyr als dritte Gebietskörperschaft die Voraussetzung

schaft, um den Bestand dieser national und international anerkannten Museumseinrichtung für die Zukunft zu sichern. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung in Höhe von 1 Million Schilling bei der VAS 1/3600/757000.7 freigegeben. Die Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir hierzu einige Anmerkungen. Ich möchte voranstellen, daß - um evtl. Mißinterpretationen von vornherein aus dem Weg zu räumen - ich als Kulturreferent selbstverständlich voll und ganz hinter der Einrichtung und hinter dem Verein Museum Arbeitswelt stehe. Das hat auch der Kulturausschuß erklärt, der aufgrund der verschiedenen Kritiken, die bereits im ersten Jahr dieser Legislaturperiode an der Einrichtung, an der Geschäftsführung, an der Art und Weise, wie die Ausstellungen gemacht werden, laut geworden sind, im Herbst 1992 im Museum Arbeitswelt getagt hat und sich ein Bild vor Ort machen konnte. Dort wurde eingehend mit den Vertretern, mit der Geschäftsführung und Leitung vom Museum Arbeitswelt diskutiert und es wurde einstimmig die Bitte geäußert und auch protokolliert, daß das Museum Arbeitswelt zuerst einmal für eine weitere Subvention eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorlegt und ein inhaltliches Konzept. Auf diese Wirtschaftlichkeitsrechnung und auf dieses Inhaltskonzept warten wir heute noch und ich werde Ihnen - meine sehr verehrten Damen und Herren - das erklären bzw. auch vorlegen. Ich möchte auch an die Spitze meiner Ausführungen eine Wortmeldung von GR. Klaus Jansky von der Gemeinderats-sitzung vom 16. 12. 1993 noch einmal in Erinnerung rufen. Am Vormittag der

Budgetsitzung hat Herr GR. Klaus Jansky unter anderem ausgeführt: "Vom Verein Museum Arbeitswelt liegt eine vorläufige Bilanz für das Jahr 1993 sowie ein Budgetentwurf für 1994 vor. Aufgrund dieser Bilanz wird an die Stadt die Forderung gestellt, die Subvention für 1993 auf 2 Millionen zu erhöhen und auch in Folgejahren eine Subvention in dieser Höhe zu gewähren. Aus der vorgelegten Bilanz geht hervor, daß für Werbungskosten 1,6 Millionen Schilling ausgegeben wurden. Die Kosten dafür teilen sich auf 1,1 Millionen Druck- und Gestaltungskosten für Werbematerial, S 250.000,- für Agentur, Inserate und Plakatierungen sowie S 300.000,- für Veranstaltungen. Für 1994 ist dann trotzdem noch ein weiteres Budget von 1 Million Schilling vorgesehen. Nach Aussage von Frau Magister Heger sind diese Ausgaben unbedingt nötig, um die 9000 Besucher und ca. 14000 Schüler, die 1993 nach Steyr zur Info gekommen sind, mit Prospekten zu versorgen. Wenn ich mir im Vergleich dazu das Werbebudget des Tourismusverbandes in Höhe von S 842.000,- im Jahr 1993 ansehe und die Auswirkungen des Städtetourismus auf die Steuereinnahmen der Stadt bedenke, so kommen mit doch Zweifel, ob mit dem Geld der Steuerzahler sorgsam umgegangen wird. Ein Großteil der Subventionen für den Verein Museum Arbeitswelt kommt zwar von Bund und Land, aber auch das ist kein Grund, Steuermittel zu vergeuden. Dazu möchte ich noch bemerken, daß 1993 für die Errichtung der Ausstellung "Info" 2,9 Millionen Schilling an Architektenhonorar und Architekturbauarbeiten frei - ohne Ausschreibung - vergeben wurden. Im Budgetentwurf 1994 wird sogar schon ein Wasserschaden von S 500.000,- eingeplant, damit die angestrebte Subvention erreicht wird. Ein Wasserschaden ist also angegeben, dieser wird

schon im voraus hineingegeben, damit man ja dieses Budget auf die richtige Höhe erhöht. Ich kann mir nicht vorstellen, daß hier im Gemeinderat für diese Subvention eine Mehrheit gefunden werden wird." Soweit - Zitat Ende - Klaus Jansky, Gemeinderat, Budgetsitzung 16. 12. 1993. Im Jahr 1992 - und jetzt möchte ich auf die einzelnen Protokolle hinweisen, daß Sie mit mir gemeinsam auch die verschiedenen Ungereimtheiten miterleben können, warum ein Kulturreferent doch etwas distanziert diesem Förderungsansuchen gegenübersteht. Weil es mir auch nicht leichtgefallen ist und ich habe es immer wiederholt und in vielen Gesprächen versucht, hier eine Änderung herbeizuführen. Aus dem Protokoll der Kulturausschußsitzung vom 12. November 1992 im Museum Arbeitswelt ist unter anderem festgestellt worden, daß eine Subvention in dieser Höhe nicht finanzierbar ist. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, daß für 1993 eine Wirtschaftlichkeitsrechnung vorzulegen ist, bzw. mitzuteilen ist, ob und welche Projekte geplant sind. In der Diskussion wurde grundlegende Übereinstimmung erzielt, daß sich die Stadt zum Museum Arbeitswelt bekennt, also auch der Kulturausschuß, daß aber in Ermangelung entsprechender Unterlagen nicht festgestellt werden kann, worauf die derzeitigen finanziellen Schwierigkeiten zurückzuführen sind und womit der Wunsch nach einer Verdoppelung der Jahressubvention zu begründen ist. Der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Vorgangsweise wurde die Zustimmung gegeben. Am 30. 11. 1993 - ich überspringe jetzt einen Zeitraum - geht aus dem Protokoll der Kulturausschußsitzung unter anderem hervor: Das anläßlich der Sitzung des Kulturausschusses im Museum verlangte Wirtschaftskonzept wurde bis jetzt nicht vorgelegt. Lediglich Einsparungs-

möglichkeiten durch die Schließung des Museums - und jetzt höre man - von Freitag bis Sonntag wurden angeboten. Als Einsparungsmöglichkeit! In der Fremdenverkehrsstadt Steyr! Grundsätzlich wird die Meinung vertreten, daß das Museum eine gute Einrichtung ist, daß aber - in Anbetracht des noch nicht vorgelegten Finanzierungskonzeptes - eine weitere Subventionierung nicht stattfinden soll (Vizebürgermeister Pfeil, Gemeinderat Lengauer, Gemeinderat Gollatsch, Gemeinderat Dr. Schwager, Gemeinderat Mag. Philipps). Ein gewisser Personalstand wird in Anbetracht der Größe des Objektes nicht in Frage gestellt. Allerdings die Auslastung der vier wissenschaftlichen Mitarbeiter, da die Ausstellungen zugekauft werden (Gemeinderat Rohrauer). Gemeinderat Mag. Philipps schlägt vor, das Museum zu erhalten, aber zu modifizieren. Und genau das ist es, wo wir uns treffen. Über den Antrag auf Rückstellung des Ansuchens wird abgestimmt. Er ist aber abgelehnt worden. Genauso gut ist aber dann der Antrag abgelehnt worden, das Museum Arbeitswelt zu subventionieren. Wir haben hier also einen negativen Kulturausschußbeschuß und trotzdem - und eben das ist auch richtig nach den Statuten, ein Kulturausschuß hat nur empfehlenden Charakter - ist dieser Antrag über das Büro des Bürgermeisters in den Stadtsenat und dann auch in den Gemeinderat gekommen. Geht so, wenn überall gleich vorgegangen würde, wäre es ja recht. Nur es wird hier wirklich einseitig gehandelt. Wir haben zwei Anträge gehabt, wo wir positive Kulturausschußbeschlüsse gehabt haben, der eine Antrag war HTL Steyr - Schulpartnerschaftsprojekt Brunn - Steyr. Ich habe eine Weisung gegeben, diesen Antrag in den Stadtsenat zu geben. Der Antrag wurde mit einem Vermerk von der Finanzabteilung, daß hier keine Kreditmittel vorhanden

wären, nicht in den Stadtsenat gegeben. Das gleiche gilt für einen Antrag für das Programm kino, dort haben wir auch einen positiven Kulturausschußbeschuß, haben aber auch von der Finanzabteilung bekommen, daß es nicht weitergegeben wird an den Stadtsenat. Das heißt - und Herr Bürgermeister, das möchte ich schon wissen von Ihnen - kann es sein, daß ein Beamter, ein Finanzreferent, entscheiden kann, was die Damen und Herren im Stadtsenat entscheiden über Kultur. So kann es - bitte schön - nicht gehen. Übrigens, ich habe schon einmal gesagt, über die HTL Schulpartnerschaft Steyr-Brünn hat man sich dann auf eine andere Weise geeinigt. Über diese ominösen grünen Zettel. Zum Budgetentwurf für das Museum Arbeitswelt schaut die Geschichte nämlich so aus: Es sind für das Jahr 1993 S 5.790.000,- - geplant. Im Budgetentwurf 1994 trotz Einsparungswünschen von seiten der Subventionsgeber sind geplant S 6.100.000,-. Für externe Honorare sind 1993 S 525.000,- geplant gewesen, für 1994 sind S 1.000.000,- vorgesehen, also auch hier eine ganz klare Verdoppelung. Interessanterweise hat es auch die Geschäftsführung vorgezogen, entweder direkt mit dem Herrn Bürgermeister zu korrespondieren, das ist okay, auch mit dem Herrn Vizebürgermeister, aber der Antrag um Subventionierung geht interessanterweise an den Magistratsdirektor. Also ich glaube nicht, daß ein Magistratsdirektor primär Ansprechpartner für eine Subvention ist. Und der Herr Magistratsdirektor hat auch den Geschäftsbereich Kultur dann angewiesen, den Amtsbericht so zu formulieren, daß - und so wörtlich:ein Förderbetrag in der Höhe von 2 Millionen Schilling angestrebt werden soll. Im Amtsbericht des Herrn Bürgermeistersekretärs wird sehr richtig

angeführt, daß das Museum Arbeitswelt eine Identitätskrise hat. Wir haben hier jährlich Ausstellungen gehabt. Die Inszenierung - so jetzt wörtlich - von Ausstellungen durch renommierte Bühnenbildner unter Leitung von universitären Teamworks hat in der Zwischenzeit gezeigt, daß dies die Zukunft von Museumsgestaltungen sein wird. Alles klar, kann man 100%-ig unterstreichen. So wurden seit 1988 jährlich Sonderausstellungen durchgeführt. Unter anderem Automatisierungs- und Robotertechnik, 1989 Sozialdemokratie im Dorf und in der Kleinstadt, 1990 Geschichte der Metallarbeiter, 1991/1992 Wirkungsgeschichte der katholischen Soziallehre, 1993 Info - eine Geschichte des Computers. Und diese läuft plötzlich drei Jahre. Meine Damen und Herren - ich weiß nicht, ob Sie die Ausstellung alle gesehen haben. Entgegen aller Behauptungen, daß diese Ausstellung eine Eigenproduktion vom Museum Arbeitswelt mit ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern ist, waren die Projektmitarbeiter ausschließlich 5 Wiener Akademiker. Ich kann es Ihnen auch hier dann beweisen. Interessant ist auch die Diktion, wo der Herr Bürgermeistersekretär schreibt: Die Stadt Steyr im Amtsbericht als dritte Gebietskörperschaft wird deshalb von den Subventionsgebern aufgefordert, ebenfalls einen nennenswerten Betrag zum sicheren Bestand dieser Museumseinrichtung beizutragen. Ich glaube, der Gemeinderat hat sich mit S 950.000,- verpflichtet und erklärt, daß der Bestand des Museum Arbeitswelt erhalten werden soll und damit hat er sich bereiterklärt, daß er das natürlich unterstützt, daß diese Einrichtung auf Dauer erhalten werden soll. Aber in Zeiten wie diesen müssen wir gerade von Vereinen, die wir unterstützen - und das Museum Arbeitswelt ist ein Verein -

eine gewisse Wirtschaftlichkeitsberechnung verlangen können. Es wird auch immer verlangt, daß diese Subvention von 1 Million Schilling, die wir heute beschließen, nur deshalb so unbedingt notwendig ist, weil es zu einem Ausfall einer diözesanen Förderung in der Höhe von S 700.000,- gekommen ist. Ich muß dazu sagen, ich habe mir diesen Akt genau angeschaut und bin dem sehr genau nachgegangen. Ich habe nirgends ein Versprechen oder eine schriftliche Stellungnahme von irgendeiner kirchlichen Organisation gefunden, daß diese Leute noch bereit sind, diesen Betrag zu zahlen. Es ist im Gegenteil, wenn man die kirchliche Förderung aus dem Jahre 1992 für diese Ausstellung ansieht, dann steht hier: Diözesen Linz, Salzburg, Feldkirch, Eisenstadt - Sonderausstellung 1991/92 S 846.000,-. Sind gekommen, die S 846.000,-! Und in einem Schreiben an Hrn. Vizebürgermeister Sablik von Fr. Magister Heger wird gesprochen von einer persönlich motivierten Rücknahme einer Subventionszusage durch Bischof Krenn in Höhe von S 280.000,-. Das ist der einzige schriftliche Hinweis, den ich finden konnte. Das heißt aber, wie kommt man plötzlich von diesen S 280.000,- auf S 700.000,- und wie kommt man von diesen S 700.000,- plötzlich auf S 1.000.000,-. Weil ich es gerade hier aufgeschlagen habe, es ist natürlich interessant, wer sind denn die Hauptsubventionsgeber? Das ist nämlich auch immer eine große Unkenntnis, wer die Hauptsubventionsgeber vom Museum Arbeitswelt sind. Das Museum Arbeitswelt hat 1992 Subventionen in der Höhe von S 8.056.000,- erhalten. Unter anderem vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst als Hauptsponsor mit S 4.850.000,-, Stadt Steyr mit der jährlichen Subvention von S 950.000,- an zweiter Stelle, an dritter Stelle steht

jetzt schon die Kirche mit S 846.000,-, dann kommt noch die Arbeiterkammer mit S 500.000,- und das Land Oberösterreich hat damals nur S 100.000,- zur Verfügung gestellt. Und bei diesen 8 Millionen, die ich zuerst genannt habe, sind diese für das Museum Arbeitswelt offenen Forderungen an die Stadt Steyr, diese S 700.000,- schon inkludiert. Darum geht es sich, wenn man das vorher zusammenzählt, nicht aus. Mit den S 700.000,- geht sich die Summe aus. Und auch die Diktion von der Geschäftsführerin, der kann man auch nicht näher treten. Wenn sie hier schreibt von einem rigiden Förderungsverhalten der Stadt Steyr. Ich glaube nicht, daß man von einem rigiden Förderungsverhalten sprechen kann, wenn wir die grundsätzliche Bereitschaft zeigen und wir lassen der Bereitschaft ja auch Taten folgen, indem wir S 1.000.000,- jährlich dem Museum zukommen lassen. Da kann man sicherlich nicht sagen, gerade in Zeiten wie diesen, wo wir alle aufgerufen sind zu sparen, daß wir uns vom Museum Arbeitswelt zurückziehen. Das ist nicht richtig. Und wenn man sich die personelle Situation im Museum Arbeitswelt anschaut, so gibt es hier 14 Vollzeitbeschäftigte und 1 Teilzeitbeschäftigte. Die Öffnungszeiten sind derzeit von Dienstag bis Sonntag, 10.00 bis 17.00 Uhr, das heißt, es ist 42 Stunden offen. Und von diesen Posten ist 1 Geschäftsführerposten, 1 Sekretariatsposten, 1 Buchhaltungsposten und dann 3 Museumspädagogik, 1 Wissenschaftsposten, das sind alles Akademiker, und dieser Wissenschaftsposten wird ausschließlich vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziert. Nebenbei sind 3 Leute in der EDV, 2 Leute bei der Kassa und 3 im Hausdienst. Und nun kommen wir zu einem weiteren

Argument, das auch immer verdreht wird. In der Tätigkeitsbeschreibung für das Jahr 1992 und 1993 wird immer gesagt, wir haben auch mehr Aufgaben, es kommen laufend mehr Besucher, es ist ein enormer Andrang und wir müssen daher auch unser Personal aufstocken bzw. in diesem Sinne aufrecht erhalten. Es gibt hier bei dieser Tätigkeitsbeschreibung einen Bericht, da steht hier: Besucher rund 30.000 im Jahr, Sie haben zuerst die Besucherzahlen vom Klaus Jansky gehört, und hier steht Tendenz steigend. Darf ich Ihnen hier nun zitieren aus einem Protokoll einer Vorstandssitzung des Museum Arbeitswelt aus dem Jahre 1993, also ganz ein aktueller: 12. Juli 1993, wo unter anderen festgehalten wird: Zum Jahresabschluß 1992 der kommentierte Jahresabschluß liegt vor - zusammenfassend ist zu sagen, daß dieses Jahr gekennzeichnet war durch Besuchereinbruch. Also Besuchereinbruch mit stark steigenden Besucherzahlen geht nicht zusammen. Das ergibt keinen Sinn für mich. Entweder stimmt die eine Zahl nicht oder die andere. Aber beide sind vom Haus Museum Arbeitswelt. Der Verein hat in Summe Aufwendungen von jährlich 13 Millionen Schilling. Und davon fallen eben alleine 45 % auf die sehr hohen Personalkosten. Und jetzt sagen Sie vielleicht mit Recht, meine Damen und Herren, ja warum hat denn der Kulturreferent nicht mehr getan, es sitzt ja sogar im Vorstand von diesem Verein. Und da sage ich ja. Ich bin im Frühjahr 1993 gefragt worden, ob ich grundsätzlich eine Vorstandsfunktion in diesem Verein annehmen würde. Ich habe einen Brief geschrieben an die Frau Mag. Heger, darf Ihnen den auch hier kurz auszugsweise vorlesen: Ich habe meine prinzipielle Bereitschaft erklärt, in den Vorstand des Museum Industrielle Arbeitswelt einzutreten. Dies möchte ich jedoch noch in einem

persönlichen Gespräch mit Ihnen abklären. Zu diesem persönlichen Gespräch ist es leider vor dieser Vorstandssitzung oder vor diesen Sitzungen nicht gekommen. Es ist mir jedoch unmöglich, an Vorstandssitzungen teilzunehmen, zu denen ich Stunden vorher die Einladung bekommen habe. So kann es ja bitte nicht gehen. Wir haben alle etwas zu tun und wenn man im Museum Arbeitswelt einfach so verfügt über Leute, die etwas zu tun haben, ich bin nicht auf Stunden abrufbar. Und dann hat man vereinsstatutenwidrig eine Vorstandssitzung im Sommer einberufen. Wenn ich richtig informiert bin muß im 1. Quartal jedes Jahres eine Vorstandssitzung stattfinden und diese Vorstandssitzung hat statutenwidrig im Juli letzten Jahres stattgefunden. Mitten in der Sommerzeit und ich habe meinen Urlaub auch schon Monate vorher bekanntgegeben, es war im Juli 1993 und da war ich leider auf Urlaub. Also ich konnte ich Vorstand meine Bedenken noch nicht einbringen. Wir haben es vom Kulturausschuß mehrfach versucht, auf unsere Wünsche ist leider nicht eingegangen worden. Letzten Freitag flatterte dann eine Zeitung ins Haus, die das Faß dann fast zum Überlaufen gebracht hat. Es gibt hier ein Journal, das heißt Museum Arbeitswelt Journal, eine Zeitung eines Kulturvereines. Eine Zeitung, ich lese jetzt aus den Satzungen des Vereines vor, jeder Verein hat ja Satzungen und an diese Satzungen sollte er sich halten: Zweck des Vereines - ausschließlich und unmittelbar:

a) Die Durchführung von Forschung und Lehre bezüglich der industriellen Entwicklung im Bereich des Gewerbes und der Industrie und der in ihnen arbeitenden Menschen, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen und ihre politische Entwicklung seit Beginn der

industriellen Revolution bis zur Gegenwart.

b) Damit verbundene wissenschaftliche Publikationen und Dokumentationen, einschließlich der Sammlung von Objekten, Modellen, Bildern, Büchern, Filmen, Tonbändern u. ähnlichem.

c) Die Errichtung und Führung eines Museums, in dem insbesondere das unter b) gesammelt und ausgestellt und der Öffentlichkeit Forschung und Lehre zugänglich gemacht wird.

d) Wissenschaftlichen Einfluß zu nehmen, daß in bereits bestehenden Museen der Mensch in der Arbeitswelt mehr berücksichtigt wird und diesbezüglich wertvolle Objekte und Anlagen erhalten werden.

Es steht hier nirgends etwas von politischer Agitation drinnen. Und meine Damen und Herren, in dieser Zeitung ist nur auf der letzten Seite ein Bezug auf die Kultur, auf der letzten Rückseite eine halbe Seite, ansonsten hier nur über die Politik, über die Ausländergesetze, über Konfliktbewältigung, über Fremdenhaß. Ein relativ guter Artikel in der Mitte, hat aber auch nichts mit dem Vereinszweck zu tun, Fest im Wehrgraben, sehr schöner Artikel, vergessene Spuren - die Geschichte der Juden in Steyr, vielleicht etwas für den Herrn Sablik. Jedenfalls steht, eine Sache möchte ich Ihnen vorlesen, warum ich wirklich erzürnt bin, das ist nicht die Aufgabe eines Vereines, der mit hohen Subventionen bedacht wird, politische Agitation zu machen. Es steht hier: Es genügt nicht alleine, gegen Jörg Haider zu sein, es geht nicht darum, etwas gegen die FPÖ, sondern darum, etwas für unsere ausländischen Mitbürger zu tun. Und es sind noch andere Worte gegen die FPÖ drinnen und direkt gegen eine politische Partei zu opponieren, das bekommt einem Verein mit dem Vereinszweck der Wissenschaft zu dienen, nicht gut.

Ich bin nun am Ende meiner kurzen und ersten Ausführungen, meine Damen und Herren. Ich möchte noch einmal um Verständnis bitten, es ist mir meine Negativempfehlung für diesen Antrag nicht leichtgefallen. Es geht hier um 1 Million Schilling an einen Verein, der finanziert wird in Zeiten, wo wir wirklich - besonders im Kulturbereich - jeden Schilling zweimal, dreimal umdrehen müssen, wo wir rückwirkend für 1993 1 Million Schilling ausgeben und wo wir bis heute - obwohl wir es uns nicht leicht gemacht und es eingefordert haben - keine Konzepte vorgelegt bekommen haben. Danke schön!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Lengauer. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist sehr schwer, jetzt auf ein so tiefeschürfendes Referat Antwort zu geben und etwas dazu zu sagen. Auch wir waren im Kulturausschuß mit der Meinung, der Antrag des Museums Arbeitswelt um eine weitere Förderung gehört abgelehnt, weil uns die Finanzierungsvorschläge nicht vorgelegt wurden, weil auch die genaueren Hinweise auf die Sonderausstellung 1993 nicht da waren. Und uns ist es genauso gegangen, wie Herr Dr. Pfeil sagt: Schweren Herzens haben wir es getan. Aber wir haben uns dann noch einer Mühe unterzogen, und zwar haben wir Frau Mag. Heger einfach noch einmal eingeladen und haben mit ihr die strittigen Punkte und die Punkte, die uns bewogen haben, im Kulturausschuß gegen die Förderung zu stimmen, einfach durchgeredet,

durchbesprochen und durchdiskutiert. Und vieles konnte geklärt werden. Es gibt sehr viele Mängel - glaube ich - in der Geschäftsführung. Da - meine ich - müßten wir wirklich nachdenken und Frau Mag. Heger, die vom Wissenschaftlichen her und von dem Bemühen, das Pädagogische in das Museum Arbeitswelt hineinzubringen, beseelt ist - ob sie es so richtig kann, möchte ich ein Fragezeichen setzen - aber, von der Geschäftsführung her weiß ich nicht, ob das wirklich auch einem Wissenschaftler oder einer Wissenschaftlerin so gegeben ist. Ich könnte - als ganz einfacher Lehrer - eine Geschäftsführung nicht. Aber wir haben auch bemängelt im Personalbereich. Wir meinen sicherlich auch, es könnte einiges mehr noch geleistet werden oder es könnten Einsparungen gemacht werden. So meinten wir zum Beispiel: Muß wirklich die gesamte Personalabrechnung des Gehaltes im Museum Arbeitswelt gemacht werden oder könnte man das nicht weitergeben, käme das nicht billiger? Wir haben uns auch über diese großen Druckkosten geärgert, wir haben aber dann von Frau Mag. Heger die Aufstellung bekommen, daß bei diesen Druckkosten ganz wesentlich auch die Stundenbilderunterlagen mit dabei sind, die für die besuchenden Schüler kommen, daß sie also dort wirklich in Selbsttätigkeit und in Selbstständigkeit arbeiten können. Die Zeitung, von der Sie am Schluß gesprochen haben, da meine ich, es ist ein ungeschickter Versuch einer Wertung. Man meint vielleicht hier doch eine große Gruppe der Pflichtschullehrer anzusprechen, damit die noch mehr in das Museum Arbeitswelt kommen. Also, ich glaube auch, es gibt wirklich eine Reihe von Mängeln, genau wie diese Architektenarbeiten, die gehören ausgeschrieben, bei größeren Summen, das ist ganz klar. Aber ich

meine - und deswegen werden wir heute dem Antrag zustimmen - das Museum Arbeitswelt ist so bedeutend für unsere Stadt, daß wir - wohlwissend, daß es da jetzt Mängel gibt - schauen müssen, daß wir diese Mängel austreiben können. Aber ich glaube, wir müssen die Lebensmöglichkeit des Museum Arbeitswelt einfach erhalten und die Mängel, die wir im Kulturausschuß nun vorgebracht haben und vorgefunden haben, die sind für uns aufgehoben, weil Frau Mag. Heger uns ein Grundkonzept für die Sonderausstellung im Museum Industrielle Arbeitswelt aus Anlaß der Landesausstellung Eisenstraße 1998 vorgelegt hat. Mit all den Planungen von 1993 bis hin 1994/95, sodaß wir also den Grund, den wir beim Kulturausschuß als Mangel fanden, nun nicht mehr finden und daher eigentlich ehrlichen Gewissens das Nein des Kulturausschusses mit einem Ja von heute aufheben können. Mir fällt jetzt noch ein, daß ich vergessen habe, Förderungen der Kirche: Es hat also St. Pölten die Förderung zurückgezogen. Ich bin sonst kein großer Freund der Diözese St. Pölten, aber da meine ich, der Grund der Rücknahme der Förderung ist vielleicht zu Recht bestanden. Ich meine jetzt, abschließend, um nicht noch einmal ein großes Referat zu halten, ich sage es jetzt so: Traurigen Herzens stimmen wir zu. Weil wir voll Begeisterung, voll ganz echter Verantwortung dem Museum Arbeitswelt gegenüber meinen, wir müssen es erhalten. Die Mängel müssen wir anbringen, das Museum Arbeitswelt sollen wir erhalten.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Kollege Stadtrat Zagler.

STADTRAT
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren. Die Wortmeldung wird sehr kurz. Ich glaube, wir sollten an diesem Punkt eines machen, nämlich Altlasten sanieren, wie wir das in anderen Bereichen auch immer wieder vorfinden, so auch hier beim Museum Arbeitswelt. Vieles von dem, was der Kulturreferent gesagt hat, deckt sich auch mit meinen Wahrnehmungen und es ist auch von anderen Diskussionsteilnehmern diesbezüglich in anderen Gesprächen und auch heute schon gesagt worden. Deswegen möchte ich - trotz meiner Zustimmung zu dieser außerordentlichen Subvention - die dringende Bitte an das Präsidium richten, in einer der nächsten Möglichkeiten im Rahmen einer Informationsveranstaltung das Museum Arbeitswelt hierher zu uns einzuladen, um hier auch zukunftsgerichtet etwas regeln zu können. Ich bin überzeugt, wenn unser Kulturreferent Dr. Pfeil nunmehr im Vorstand dieses Museums ist, daß auch hier zukunftsgerichtet bessere und effizientere Arbeit geleistet werden kann. Als Schuldirektor und Lehrer darf ich nur das bestätigen, was Direktor Lengauer gesagt hat, auf dem museumspädagogischen Gebiet ist gerade im Museum Arbeitswelt hervorragendes geleistet worden und man sollte das auch unterstützen. Daß Werbung für ein Museum Arbeitswelt nicht identisch sein kann mit der Werbung in einem Tourismusverband, ist auch klar. Wir freuen uns zu Recht über die besonders hohe Effizienz der Werbung im Tourismusverband, aber ich könnte hier von diesem Tisch oder von diesem Rednerpult aus nicht die Analyse durchführen, ob hier Streuverluste oder Breitenverluste in der Werbung des Museums entstehen. Das wäre auch wieder eine Sache, die wir im Rahmen einer Informationsveranstaltung hinterfragen könnten, was ich sehr gerne hätte. Und daß wir in der

Zukunft Fehler, die in der Vergangenheit da oder dort passiert sein mögen, die wir als Kommune letztendlich auch zu sanieren haben, wenn wir den Bestand des Museums nicht gefährden wollen, daß wir die hier regeln, dafür trete ich ein.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Kollege Philipps.

GEMEINDERAT
MAG. HARALD PHILIPPS:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Mit der Meinung, daß das Museum Arbeitswelt sicherlich einen positiven Beitrag zur Steyrer Kultur leistet, können wir uns absolut decken. Allerdings kann es doch bis zu einem gewissen Grad die Überlegung geben, daß hier ein Museum niemals kostendeckend sein kann. Daher wird es auch hier das Problem immer wieder geben, daß die Stadt Steyr kräftig zuschießen werden muß. Wir haben - und das ist richtig, hier kann ich mich den Vorrednern anschließen - große Mängel festgestellt, nachdem wir aus diesem Grund die Sitzung extra in das Museum Arbeitswelt seinerzeit verlegt hatten - die Daten kann ich mir sparen, die wurden bereits genannt - und hatten die Geschäftsführung ersucht, diese Mängel auszuräumen. Wir haben uns diese Überlegung selbstverständlich nicht leicht gemacht, auch das wurde bereits gesagt, und daher nach reiflicher Überlegung dieses Ansuchen zuerst einmal zurückgestellt. Beim zweiten Mal - und das darf ich hier doch deutlich sagen - wollten wir von der Sozialdemokratischen Fraktion dieses Ansuchen ein zweites Mal zurückstellen, da noch nicht alle Unterlagen an uns herangetragen wurden, die wir verlangt hatten. Dieser Rückstellungsantrag wurde allerdings

bei Stimmgleichheit abgelehnt. Ebenso wurde die zweite Abstimmung, dem Antrag die Zustimmung zu geben, auch mit Stimmgleichheit abgelehnt. Eine kleine Korrektur möchte ich noch nebenbei fallenlassen, es wurde vom Kollegen Pfeil gesagt, daß das Programm kinoansuchen hier positiv beschieden wurde, das ist nicht richtig. Dieses Programm kinoansuchen vom Kollegen Altenburger - ich darf Dich ruhig Kollege nennen - wurde hier doch negativ beschieden, mit der Begründung, daß die finanzielle Situation - und hier wurde ich mehrfach in der Zeitung zitiert, daß ich offensichtlich finanzreferentliche Fähigkeiten entwickelt habe - es nicht zulasse. Was aber nicht heißt, und das möchte ich auch ganz deutlich sagen, daß in Zukunft hier Programm kino klein geschrieben sein wird. In dem Moment, wo ich das Wort Programm kino höre, denke ich daran, daß - und diese Information habe ich bekommen - sich das Museum Arbeitswelt bis zu einem gewissen Grad bereiterklärt hat, die Möglichkeit für Aufführungen zu geben und ich finde das eine positive Regung von dieser Seite her. Pädagogische Aspekte wurden bereits erklärt. Ich bin auch der Meinung als Lehrer, daß pädagogische Aspekte hier gut aufbereitet wurden. Allerdings würde ich es trotzdem ganz gerne sehen, wenn hier noch einige Verbesserungen durchgeführt würden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde mich doch verbürgen dafür, daß wir in Zukunft sehr genau hinschauen werden. Ich war nicht gegen eine Subvention, allerdings bin ich nur für eine Subvention mit sehr viel Skepsis, wenn ich so sagen darf. Das heißt, ich möchte doch versuchen, und ich glaube, da sind wir alle auf einer Linie, im laufenden Arbeitsjahr doch sehr genau zu versuchen, diese Mängel zu beseitigen.

Daher kann ich mir vorstellen, daß diese Zustimmung heute zu dieser 1 Million Sondersubvention mit einer leichten Träne versehen doch über die Bühne gehen wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Keine weitere Wortmeldung. Ich möchte gerne den Vorsitz abgeben an den Kollegen Sablik, um mich an der Diskussion zu beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme ihn.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Herr Kulturreferent hat mich mehrfach aufgefordert, Stellung zu nehmen. Angekränkt von dieses Gedankens Blässe - frei nach Shakespeare - werde ich das jetzt tun. Das einzige, das mich wirklich gefreut hat, war Ihre Feststellung, daß Sie hinter dem Museum Arbeitswelt stehen, Herr Dr. Pfeil. Das haben Sie erwähnt, das hat mich sehr gefreut. Man sollte - und muß auch - die Dinge in einem Gesamtzusammenhang sehen. Und wenn man lange genug dabei ist, schauen Dinge manchmal anders aus, als wenn man erst später dazukommt. Ich halte mir jedenfalls zugute, daß ich unmittelbar nach Ihrem Einstieg als Kulturreferent gemeint habe, daß Sie in den Vorstand dieses Vereines hineingehen sollten. Ich habe im letzten Moment erfahren, daß diese Generalversammlung bevorsteht, habe Sie kurz kontaktiert, ob Sie da hineingehen möchten, habe dort vorgeschlagen, daß der Kulturreferent in diesen Vorstand hineingewählt werden soll. Das war jedenfalls von mir aus einmal ein gut gemeinter Gedankengang - glaube ich.

Weil es eine wichtige Kultureinrichtung ist, von der eigentlich alle überzeugt sind. Vieles von dem, daß Sie hier im Gemeinderat kritisch geäußert haben, mag durchaus seine Berechtigung haben, ich bestreite dies nicht. Ich sage nur, es ist auch in vielen anderen Vereinen so, daß man kritische Betrachtungen anstellen kann. Und dann natürlich darüber diskutieren kann. Ich kenne kaum einen Verein, wo man nicht etwas Kritisches bemerken könnte. Jedenfalls habe ich mir eigentlich gedacht, daß Sie Kraft Ihrer Funktion als Kulturreferent der Stadt Steyr in diesem Vorstand nach dem Rechten sehen könnten und auch sollten. Ich ersuche Sie sehr freundlich, dies zu tun. Besser, stärker, mit mehr Effektivität als in der Vergangenheit. Wenn wir darüber nicht immerzu diskutieren, ob die Subventionen gerechtfertigt sind, das ist einmal die eine Bemerkung. Was mein besonderes Eintreten oder meine - wie Sie das gesagt haben, könnte man meinen, als Einmischung empfundene - Aktivität, daß es doch zu dieser Subventionierung kommt, da möchte ich folgendes dazu sagen: Ich weiß nicht genau, was der Herr Bischof mehr oder weniger gesagt hat oder wie er das zurückgezogen hat. Ich weiß auch nicht genau warum. Aber es hat diese Debatte natürlich gegeben und es ist auch um Inhalte bei dieser Ausstellung gegangen. Und diese kontroversielle Debatte ist ja legitim. Ich habe ja nichts dagegen. Das Problem dabei ist nur, daß meiner Information nach - und ich bin nicht so Insider, weil ich nicht in diesem Vorstand bin und dort gewirkt habe - der Rückzieher bedeutet hat, daß das Museum Arbeitswelt 1992 mit einem Abgang abgeschlossen hat, der meines Wissens mit S 700.000,- beziffert wurde, darüber haben wir - soweit ich mich erinnere, mehrfach in diesem Gemeinderat debattiert.

Ich habe mich immer bemüht, hier dafür zu reden, eine Lanze zu brechen, daß wir dieses Loch im Budget des Vereines sanieren. Weil es ein wichtiger Platz für die Kultur in unserer Stadt ist, weil sie dort erlebbar wird, zu Tage tritt und unterstützt werden soll. Und ich habe mich bemüht, über dieses Reden im Gemeinderat und das Greifen in die eigene Tasche hinausgehend, wie es meine Pflicht ist, Kollege Holub, aber auch Freude natürlich, bei der O. Ö. Landesregierung vorstellig zu werden. Das war ein etwas mühsamer Weg, aber aufgrund von Wahlen, von Veränderungen, die sich in der politischen Zusammensetzung ergeben haben, war es möglich, andere Positionen in dieser Frage auszuloten und zu einem für Steyr und das Museum recht positiven Ergebnis zu kommen. Nämlich zu dem, das erstmalig im Jahr 1994 2,5 Millionen Schilling durch die O. Ö. Landesregierung für den Betrieb des Museums Arbeitswelt beigetragen werden. Zudem darf ich sagen, habe ich in längst vergangener Zeit Gelegenheit gehabt, auf Wiener Boden bemüht zu sein, bei dem Ministerium und bei den Ministerien, die hier für eine Förderung zuständig sind, zu inventieren. Wir hätten eigentlich eine Verbundlichung dieses Museums angestrebt, das ist nicht gelungen. Aber eine sehr nachhaltige Subventionspost, die Sie teilweise nur zitiert haben, ist doch zustande gekommen. Rund 7 Millionen durchschnittlich pro Jahr bekommen wir vom Bund. Und als diese letzte Debatte wieder stattgefunden hat, wie denn die Finanzierung sein könnte, da hat man schon vom Land Oberösterreich gesagt: Wenn wir uns nicht irren - sagte man mir, als Bürgermeister dieser schönen Stadt - steht das Haus in Steyr. Was seit denn Ihr bereit, beizutragen? Und es wurde gesprochen, verhandelt, debattiert, und es wird etwa ein

Finanzierungsanteil für den laufenden Betrieb von 2 Millionen Schilling sein müssen, sonst ist das "Ding" - in dieser Konfiguration jedenfalls - nicht zu halten. Wenn es anders ausschauen soll, effektiver, besser, geändert, ich habe gar nichts dagegen. Aber da würde ich schon sehr bitten, daß diese Gespräche auf der Ebene des Museumsvorstandes vorgenommen werden, von den Leuten, die das kritisieren. Aber jedenfalls werden wir uns nicht daran vorbeireden können, daß wir diesen Beitrag zahlen müssen. Und ich möchte eigentlich sagen, ich bin auch nicht glücklich darüber, wenn hier in dieser Museumszeitschrift zu noch in der politischen Diskussion der Meinungsfindung befindlichen Themen Stellung bezogen wird. Das ist nicht hilfreich für die ohnehin schwierigen Gespräche, die wir in dieser Frage des in- und ausländerfreundlichen Steyr und dieser Gesprächsplattform, die wir machen wollen, haben. Und dann möchte ich noch etwas sagen zur unterschiedlichen Behandlung von bestimmten Intentionen oder Überlegungen des Kulturausschusses oder des Kulturreferenten. Weil Sie diese Städte - Schulpartnerschaft mit Brünn oder das Wanderkino usw. angesprochen haben. Ich vertrete die Meinung, daß man zunächst einmal das erhalten sollte, was wir an Einrichtungen haben. Gleich, ob das im sozialen, im kulturellen oder sonstigen Bereich liegt. Zunächst sollten wir schauen, daß wir uns das erhalten, von dem wir glauben, daß es gut ist. Und erst dann, wenn wir es uns leisten können, können wir neue Aktivitäten in Angriff nehmen. Und unter diesem Gesichtspunkt ist der Selektionsprozeß zu beurteilen, den natürlich der Finanzreferent vornehmen muß. Denn das verursacht ja neue Kosten, die nirgendwo budgetiert sind. Und so war auch die Vorgangsweise zu begründen.

Und dann hat mir noch etwas überhaupt nicht gefallen. Irgendetwas mit grünen Zetteln. Da meinen Sie, daß man hier offenbar über den Umweg, über Bestellscheine oder gar geteilte Bestellscheine, Projekte, die man am normalen Weg nicht durchbringt, über diese Hintertür erledigt. Das ist kein Budgetvollzug, für den ich mich aussprechen kann. Es ist sogar ein Weg, der sehr stark von der Geradlinigkeit abweicht und den wir uns in schwierigen Zeiten noch viel weniger leisten können als in guten Zeiten. Und wir haben momentan schwierige Zeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Schlußwort Dr. Pfeil. Ich übergebe jetzt wieder den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, ich übernehme.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich darf Ihnen vielleicht kurz antworten, Herr Bürgermeister. Vielleicht habe ich mich nicht ausführlich ausgedrückt. Aber ich glaube, ich habe schon genau gesagt, wieviele Vorstandssitzungen letztes Jahr stattgefunden haben und wer einladen darf. Die Vorstandssitzung, die einzige im Jahr, hat wirklich statutenwidrig stattgefunden und ich darf Ihnen die Statuten vorlesen, weil zuerst habe ich es nicht auswendig gewußt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube es Ihnen ja

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Vorstand ist mindestens - er könnte auch öfters tagen in schwierigen Zeiten - einmal im Kalenderjahr einzuberufen, jedenfalls aber zum Ende jeden ersten Jahresquartales. Also ist ganz klar gesagt und der Vorstand hat letztes Jahr nur im Hochsommer einmal getagt. So ist es. Und vielleicht kann ich doch noch bei den Damen und Herren von der ÖVP etwas zum Nachdenken beibringen. Herr Gemeinderat Lengauer hat gesagt, daß wir unter Umständen den Bestand des Museum Arbeitswelt gefährden, wenn wir heute nicht zustimmen zu dieser Jahressubvention. Das schreibt bzw. sagt aber auch die Geschäftsführung, das ist nicht der Fall. Ich darf Ihnen wieder ein schriftliches Zitat mitteilen: Diese finanzielle Lage ist, um allfälligen Pressefehlmeldungen vorzubeugen, so zu interpretieren, daß es zwar nicht zu einem bilanziellen Zusammenbruch des Vereines kommen wird, die Vorhaben der kommenden Jahre jedoch ernsthaft gefährdet sind. Vorhaben mittelfristig, jetzt läuft einmal 3 Jahre die Ausstellung INFO, die wir alle kennen bzw. wir haben uns auseinandergesetzt, also der Bestand ist nicht gefährdet. Und niemand von allen Debattenrednern konnte mir heute sagen, wie der Sprung von den S 280.000,-- versprochene Diözesanförderung auf S 700.000,-- auf S 1.000.000,-- gekommen ist. Ich glaube schon, daß insbesondere gerade bei der ÖVP, die doch immer eine sehr gute und objektive Haltung auch zum Museum Arbeitswelt gehabt hat und wir haben dort ein sehr gutes Gesprächsklima gehabt und wir haben auch im Kulturausschuß darüber gesprochen und haben überhaupt keine Probleme inhaltlicher Art gehabt, daß es hier schon zu einem Glaubwürdigkeitsdefizit kommt, wenn Ihre Leute, die sich im Kulturausschuß damit näher beschäftigt haben, dann umgedreht werden, daß

sie im Gemeinderat anders abstimmen. Das ist schon eine Glaubwürdigkeitslücke innerhalb der ÖVP. Danke schön.

Bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich komme dieser Bitte nach. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Wer gegen den Antrag stimmt, bitte ebenfalls ein Zeichen zu geben. Danke sehr. 8 Gegenstimmen (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Antrag bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Mein nächster Antrag ist ein etwas erfreulicherer oder sehr erfreulicher Antrag. Es geht hier um das Fahrzeug-Industriemuseum der Stadt Steyr. Es ist geplant, im Steyrer Raum, in der Stadt Steyr ein Fahrzeug-Industriemuseum zu errichten. Es wurde dazu schon ein Auftrag gegeben, auch wiederum an das Museum Arbeitswelt, ich möchte es auch sagen, ohne Ausschreibung, frei Hand, wurde das Museum Arbeitswelt vom Herrn Bürgermeister beauftragt, eine Studie für das Automobil-Industriemuseum zu machen. Diese Studie ist erschienen und in dieser Studie, die uns im August 1993 vorgelegt worden ist, sind die verschiedenen Anforderungen, Kostenrechnung usw. durchgeführt worden. Hier muß man zu dieser Studie sagen, es ist so eine Art De-Luxe-Variante eines Automobil-Industriemuseums, die wir sicherlich in dieser Form nicht so realisieren können und sollen. Es sind hier Kosten vorgeschlagen, wir bewegen uns bei Planungs-, Errichtungs- und Einrichtungskosten in Höhe von ca. 85 Millionen Schilling für ein Industriemuseum; wo wir sicherlich

angesichts der Situation in der Stadt Steyr keinem Bürger, auch wenn wir Subventionen von anderen Körperschaften bekommen, keinem Bürger näher treten könnten. Es hat nun Herr Mag. Schuster eine Variante vorgeschlagen, er hat von der Kulturabteilung dieses auch überarbeitet, mehrere Standorte vorgeschlagen und ist einem Standort nähergetreten. Es konnte dann aufgrund dieser neuerlichen Studie bzw. Abänderungsstudie auch ein Verein im Dezember letzten Jahres gegründet werden und wie in einem Grundsatzbeschuß im Gemeinderat schon vorgesehen, haben wir nun eine Grundsubventionierung für den Verein Auto-Industriemuseum von S 500.000,- zu beschließen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 8) K-6216/89
Verein Industriemuseum Steyr;
Beitrag der Stadt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 15. Oktober 1992 wurde dem Beitritt der Stadt Steyr zu einem aus damaliger Sicht noch zu gründenden Verein für ein Automuseum Steyr zugestimmt. Die Auszahlung der einzelnen Jahresbeträge von S 500.000,- wurde jedoch einer gesonderten Beschlußfassung durch das zuständige Organ der Stadt Steyr vorbehalten. Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für präsidiale und öffentlich-rechtliche Angelegenheiten vom 17. Oktober 1993 wird nunmehr der Auszahlung des auf das Jahr 1993 entfallenden Kostenanteiles von S 500.000,- zugestimmt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 500.000,- bei VAS 1/3600/757000.7 für das Rechnungsjahr 1993 zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditüber-

schreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Debatte und um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zum Wort gemeldet der Kollege Spanring. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der hier zur Beschlußfassung vorgelegte Antrag über den Beitritt der Stadt zum Verein Industriemuseum Steyr, der zum Ziele hat, ein Museum, in dem die industrielle Entwicklung in unserer Region seit Beginn der industriellen Revolution bis zur Gegenwart und in der Zukunft dargestellt wird und dargestellt werden soll, erfüllt mich mit großer Freude. Ich denke, daß ich im Namen vieler Steyrerinnen und Steyrer dieses Projekt begrüßen kann. Ein Projekt, mit dem endlich auch ein Versäumnis der Vergangenheit nachgeholt wird. Hatte und hat doch beinahe jede zweite Steyrer Familie eine tiefe Beziehung zur Industrie in Steyr. Zur Steyrer Waffenfabrik, zur Fahrzeugproduktion der Steyr-Daimler-Puch AG und deren Nachfolgeunternehmen, der Erzeugung von Fahrzeugteilen und Aggregaten, bis hin zum BMW-Motorenwerk und den neu entwickelten Technologiezentren und Softwarehäusern, wie zum Beispiel BMD. Ich spreche von einem Versäumnis, weil ich meine, daß Steyr eine der wenigen bedeutenden Industriestandorte der Welt ist, der seine Produkt- und Produktionsvergangenheit kaum aufgearbeitet hat. Nicht nur zur Selbstdarstellung der Betriebe, deren

Interesse und Bereitschaft erst in jüngster Zeit entstanden ist und sich in der Vereinsmitgliedschaft der SDP und SNF niederschlägt, sondern auch - und ich denke im Besonderen - zur Darstellung der Lebenskultur unserer Region. Ein Beispiel, wie so eine moderne, museale Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftsaufarbeitung aussehen kann, ist unter anderem das BMW-Museum in München. Und ich bin sicher, daß wir Steyrer mindestens so gut sind. Die Darstellung der industriellen Entwicklung von Steyr darf sich jedoch nicht allein in der Präsentation der Steyr-Werke, deren Produkte und ihres unmittelbaren Umfeldes erschöpfen, so prägend gerade dieser Bereich für Steyr auch seit etwa 150 Jahren ist. Es ist sicher erforderlich, übergreifende Inhalte zu vermitteln. Dabei ist auch die industrielle Monostruktur mit ihren Problemen zu verdeutlichen. Gleichzeitig sind in der Region erfolgreich unternommene Aktivitäten zur Problembewältigung aufzuzeigen. Eine allumfassende Berücksichtigung der regionalen Industriebetriebe kann nicht Ziel einer modernen Präsentation sein. Sondern es sollte besonders auch um eine Darstellung der Probleme und vor allem der Zukunftschancen industrieller Entwicklungen gehen. Wobei eine enge Kooperation mit Unternehmungen und Institutionen wie z. B. dem FAZAT hergestellt werden soll. Hier bietet sich jedenfalls die Möglichkeit, verstärkt auf den Bereich Megatronik-Technologie einzugehen und innovative Unternehmen und Institutionen als interessierte Partner zu gewinnen. Weiters - denke ich - sollte das neue Industriemuseum Steyr eine Reihe von Infrastrukturleistungen, z. B. der Aufbau eines öffentlich zugänglichen Archives und einer Fachbibliothek für die wissenschaftlich-technische Forschung,

aber auch für ein generell interessiertes Fach- wie Laienpublikum erbringen. Dabei sollte es gelingen, eine enge Bindung zwischen Kultur und Wirtschaft zu erreichen. Den gestalterischen Mitteln, die dem Besucher Erkenntniserweiterung bringen sollen, die das Museum zu einem Lernort, einem Ort der Auseinandersetzung und Diskussion machen, wird daher schlußendlich große Bedeutung zukommen. In diesem Sinne, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird die Sozialdemokratische Fraktion diesem Antrag zustimmen. Ich ersuche aber auch Sie, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, dies zu tun.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort ist gemeldet der Kollege Payrleithner, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem ich mich ja persönlich mit der Thematik schon Jahre auseinandersetze, freut es mich heute ganz besonders, daß es zu diesem Beschluß gekommen ist, der natürlich nur ein Anfang im finanziellen Bereich, und wie wir sehen, ein bescheidener ist. Und nachdem wir mit diesen Mitteln wahrscheinlich nicht sehr große Sprünge machen werden, könnte ich mir durchaus vorstellen - und ich kann mit auch vorstellen, daß das eine der Aufgaben für den erfreulicherweise sicher inzwischen konstituierten Verein darstellt - daß er sich zum Beispiel auch mit der in Steyr ansässigen Firma BMW auseinandersetzt, ob sie zusätzlich zu einem Vereinsbeitritt dieses Anliegen auch finanziell unterstützt. Aber auch andere in Steyr ansässige Unternehmen, wie zum Beispiel auch

die Ennskraftwerke oder die OKA, die ja auch für andere - meiner Meinung nach oft sinnlose - Werbeaktionen sehr viel Geld ausgibt und auf der anderen Seite ein Monopolbetrieb ist und diese Werbung gar nicht notwendig hätte. Aber ich könnte mir vorstellen, nachdem ja auch die Stromgewinnung in Steyr Tradition, um nicht zu sagen Revolution gefeiert hat - wenn man sich erinnert, Zwischenbrücken, das Kraftwerk, heute wäre das unvorstellbar, daß man das wegreißen würde. Es hat auch auf diesem Gebiet Steyr große Tradition - daß man auch diese Firmen gewinnt, einen finanziellen Beitrag für dieses großartige Projekt zu leisten. Die nächste Frage wird der Standort sein. Es gibt ja hier sehr unterschiedliche Auffassungen. Auf der einen Seite, wie von unserer Fraktion vorgeschlagen, das Areal am Reithoffergrund, das ja demnächst - glaube ich - frei wird, oder - nachdem ja die finanzielle Lage, die budgetäre Lage der Stadt Steyr nicht in sehr gutem Zustand ist - wahrscheinlich eine neue Investition, wie sie im Wehrgraben dann erfolgen müßte. Nämlich auf dem ehemaligen Gelände des Gaswerks. Diese wäre mit gewaltigen Mitteln verbunden. Auf der anderen Seite hätten wir da unten eine Art Museumskonzentration, die formal organisatorisch besser zu bewältigen wäre, aber diese Dinge werden sicher in dem Verein, der sich hier gegründet hat, demnächst abgehandelt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldung. Der Kollege Eichhübl war vorher, dann Kollege Mundorff.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Es wurde bereits sehr

viel von meinen Vorrednern zu diesem geplanten Industriemuseum zum Ausdruck gebracht, ich sehe mich aber trotzdem veranlaßt, auch einige Anmerkungen zu machen. Und zwar deshalb, weil ich mich bereits seit Jahren mit der Thematik Automobilmuseum hier in Steyr befaßt habe, und zwar darf ich in Erinnerung rufen, daß ja in der vergangenen Legislaturperiode sehr intensiv dieses Projekt bereits bearbeitet wurde. Ich darf in Erinnerung rufen, es hat stundenlange Gespräche und Vorstellungen gegeben von einem pensionierten Mitarbeiter der Steyr-Daimler-Puch AG, der damals bereits auch einen Kostenplan für die Restaurierung von Fahrzeugen vorgelegt hat. Daher freue ich mich auch besonders darüber, daß nach dieser jahrelangen Diskussion der erste Schritt in die Richtung gesetzt wird, dieses Industriemuseum hier in Steyr tatsächlich zu realisieren. Wir haben also von Seiten der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion bereits unsere grundsätzliche Zustimmung seit Jahren angekündigt und ich darf trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen nochmals - so wie der Kollege Spanring - darauf hinweisen, daß es leider verabsäumt wurde in der Vergangenheit, in früherer Zeit von der Steyr-Werken Exponate von ihrer Produktpalette zu erhalten und in entsprechenden Räumlichkeiten auszustellen. Wir hoffen, daß wir diesen Fehler jetzt wieder gut machen können, es bleibt daher für mich die Hoffnung über, daß sich BMW ebenfalls in diesen Verein begeben wird. Soweit ich vom Herrn Bürgermeister gehört habe, gibt es da schon Vorgespräche, das wäre sicher sehr erfreulich, wenn sich auch die BMW-Motoren-Ges.m.b.H. mit ihren Erfahrungen und Exponaten in diesem Verein einfinden würde. Die Standortfrage wurde ebenfalls bereits angesprochen, die Standortfrage, die ja auch

darauf hinausgelaufen ist, ob nicht etwa unten im Verein Museum Arbeitswelt dieses Museum untergebracht werden könnte, als auch die personellen Ressourcen und die dort vorhandenen Gebäuderessourcen zu nützen, wobei aber - und das möchte ich nicht unerwähnt lassen - die Hochwassersituation, unserer Meinung nach dagegen spricht bzw. überhaupt die Feuchtigkeit in diesem Bereich. Aber das müssen ja dann die Experten entscheiden, es würde sich das Reithofferareal dafür auch anbieten. Damit bin ich schon am Ende meiner Wortmeldung und darf hier ebenfalls mit Freude meine Zustimmung bekanntgeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Herr Kollege Mundorff.

GEMEINDERAT

DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Also, meine Damen und Herren. Es freut mich natürlich, daß Herr Kollege Spanring auf die Möglichkeit, Produkte in das Museum zu stellen, die man produziert, eingegangen ist, aber an und für sich ist natürlich Sinn und Zweck einer erfolgreichen Firma, daß man die Produkte verkauft. Und erst mit diesem Verkaufserlös hat es BMW dann auch irgendwann einmal geschafft, ein Museum zu bauen und dort ihre Produkte aufzustellen und der Öffentlichkeit zu zeigen. Das heißt, so ein Museum - Industriemuseum -, das kann ich mir sicherlich als gute Sache vorstellen und es ist interessant und eine Bereicherung, nur sollten wir halt nicht nur in Richtung Museum Steyr arbeiten. Und was den Standort und die Führung angeht, da wollen wir Madame Tussots vielleicht auch noch da haben und die Ehrenbürger als Figuren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Da müssen Sie noch lange warten Herr Kollege, bis Sie da hinein kommen.

GEMEINDERAT

DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das kommt darauf an, wer drinnen ist und ob ich da rein will. Aber auf jeden Fall sollte man zur Standortfrage bedenken, - wir haben vorher sehr lange darüber diskutiert - daß ich meine, es soll auf keinen Fall in falsche Hände kommen. Wenn man also als Argument anführt, daß die Crew des Museums Arbeitswelt geeignet wäre, das gut auf die Beine zu stellen, dann zweifle ich sehr an dem, was ich heute hier gehört habe, ob die das kann. Das heißt, das kann nicht der entscheidende Faktor sein, daß man sie auslasten will. Die können ja mit dem nicht wirtschaften, was sie jetzt zur Verfügung haben. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht mehr der Fall. Ich möchte also sagen, daß dieses Museum bzw. die Idee zu dem Museum schon etwas älter ist, als manche Herrschaften sich hier im Gemeinderat befinden. Und ich glaube, daß es eine letzte gute Gelegenheit ist, hier dafür zu sorgen, daß wichtige Kulturgüter konserviert und ausgestellt werden, die sonst verloren gehen würden, weil die Zeitgenossen - das ist diesmal nicht politisch gemeint, Hr. Kollege Mundorff - noch zum Teil in Funktion sind. Und es ist schon ein Glücksfall, daß es durch die Bemühungen möglich war, an die Spitze dieses Vereines Leute zu bringen, die sich identifizieren können damit, weil sie einen großen Teil dieser Zeit bei der Erzeugung dieser Produkte mit verbracht haben. Auch beim Verkaufen. Das ist ja seinerzeit einmal ganz gut

gegangen. Und wenn ich mich richtig erinnere, da hat es ja in jedem Unternehmen schon Phasen gegeben, wo es Hochs gegeben hat und Tiefs. Bei BMW soll das auch so gewesen sein. Wir sollten niemals überheblich sein, ich warne davor. Aber Dr. Feizlmayr an der Spitze dieses Vereines und Dr. Lettner sind Garanten, daß da etwas daraus wird, weil sie beitragen können, noch in Funktion befindlich. Der Oberingenieur Gegenhuber ist der, der ein Leben lang diese Dinge dokumentiert hat. Eine gute Besetzung als Geschäftsführer. Als solcher ist er bestellt. Ich kann auch die Hoffnung schon nähren, daß BMW und SKF, mit deren Vorständen ich selbst gesprochen habe, ihre Bereitschaft bekundet haben, mitzuwirken. Was den Standort anbelangt, das ist also auch - da muß ich der Legendenbildung entgegenwirken - keine FPÖ-Erfindung. Ich werde gerne zur Verfügung stellen - tut mir zwar leid, weil es ein bisserl ein Vorprellen bedeutet - die Architektenzeitschrift "Blickpunkte", die österreichweit erscheint. Ein sehr repräsentatives Organ, wo Herr Architekt Falkner, den ich vor 2 Jahren gebeten habe, Gedankengänge zu Papier zu bringen, das publiziert. Das ist gerade vor 14 Tagen erschienen, ich habe es zu meiner Überraschung jetzt erst gesehen. Also, so alt ist die Überlegung, dort so etwas zu tun. Aber es ist nicht unsere einzige Option, sie soll es auch nicht sein. Weil es darauf ankommt, zu welchem Preis oder zu welchen Bedingungen wir dort so eine kulturelle Idee, die mir sehr gut gefällt, realisieren können oder nicht. Und darüber sind mit dem Verantwortlichen, und das ist also hier der Vorstand der Steyr-Daimler-Puch AG, bereits Gespräche seit geraumer Zeit im Gange, die ich nicht präjudizieren möchte. Das Schlußwort hat der Referent.

VIZBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL :

Danke, ich verzichte überraschenderweise auf das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Überraschend, ja, muß ich sagen. Wundert mich sehr. Daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Subvention zur Finanzierung und Aufbereitung der Exponate für das Industriemuseum Steyr ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag, übt jemand Stimmenthaltung. Das ist zu meiner Freude nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Gratuliere, Herr Kulturreferent.

VIZBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL :

Nächster und mein letzter Punkt. Es geht hier um Honorarzahungen Kursleiter für das Kalenderjahr 1993, es geht um eine Kreditüberschreitung. Nachdem es doch hier um eine Kreditüberschreitung in eine Höhe von 1,2 Millionen Schilling geht, möchte ich auch hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, genauere Informationen geben. Man sollte einer Kreditüberschreitung nicht so ohne weiteres folgen, aber ich würde Sie trotzdem im Vorhinein schon jetzt bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Der gegenständliche Antrag auf Kreditüberschreitung kann also nicht isoliert betrachtet werden, denn eine umfangreichere Kurstätigkeit erfordert nicht nur einen höheren Finanzbedarf für Honorare, sondern er bringt auf der anderen Seite natürlich auch höhere Kurseinnahmen. Diese Voranschlagstelle wurde im Nachtragsvoranschlag angehoben und der neue Ansatz mit Ende des Budgetjahres nochmals überschritten. Während also die im Nach-

tragsvoranschlag beantragte Erhöhung der Kursleiterhonorare zur Gänze abgelehnt wurde, wurde auf der Einnahmenseite der Ansatz Kursbeiträge um S 400.000,- angehoben und lag zu diesem Zeitpunkt um S 200.000,- als Ansatz des Honorarkontos. Im Kalenderjahr 1992 wurden aus Kursbeiträgen S 2.861.000,- an Einnahmen erzielt, denen Honorarkosten von S 3.232.000,- gegenüberstanden. Das bedeutet, daß 88,5 % der Honorarkosten durch Teilnehmergebühren aufgebracht wurden und werden. Und ich finde schon, das ist ein ganz toller Erfolg, zu dem man dem Team der Volkshochschule gratulieren sollte. Durch die Neufestsetzung der Gebühren besteht nun die Möglichkeit, erhöhte Honorare bei Spezialkursen auf die zu erwartende Teilnehmeranzahl umzulegen. Die Tatsache, daß für das Arbeitsjahr 1993/94 eine Erhöhung der Kursleiterhonorare ansteht, war bereits bei der Erstellung des Budgets für 1993 bekannt. Demnach wurden von Seite des Geschäftsbereiches VI eine Anhebung des Budgetansatzes für die Kursleiterhonorare beantragt. Dem gegenüber wurde von seiten des Leiters des Geschäftsbereiches II der Budgetansatz noch unter den Ansatz bzw. die Jahresrechnung 1992, die hat eben gelautet S 3.232.000,-, auf S 3.000.000,- reduziert. In der Sitzung des Stadtsenates vom 19. November 1992 sowie des Gemeinderates vom 26. November 1992 wurden dann die Kursbeiträge und Kursleiterhonorare erhöht. Die Kursfrequenz bzw. die Teilnehmeranzahl sind bei weitem nicht nur vom Kursangebot abhängig, sondern in erster Linie von der Inanspruchnahme des Angebotes durch die Bevölkerung. Daher können bei der Budgeterstellung natürlich nur Kostenschätzungen, beruhend auf den Erfahrungswerten der letzten Jahre,

vorgenommen werden. Diese wurden dann nach der bei der Volkshochschule seit 1961 geübten Praxis im Wege des Nachtragsbudgets ausgeglichen. Da bereits aber im Sommer 1993 abzu-sehen war, daß in Anbetracht der guten Kursfrequenz mit dem Budgetansatz Kursleiterhonorare nicht das Auslangen gefunden werden kann, wurde bei der Erstellung des Nachtragsvoranschlages eine Erhöhung des Ansatzes um 1,5 Millionen Schilling beantragt. Diesem Antrag wurde aber von seiten des Geschäftsbereiches II, Finanzen, keine Folge gegeben und es wurde überraschenderweise hier zur Gänze gestrichen. Auf der Einnahmenseite allerdings hat man die Anhebung der zu erwartenden Kursgebühren vorgenommen. Nach Rücksprache von Hrn. Dr. Lutz, Kulturabteilung, beim Magistratsdirektor Dr. Schmidl im November, wurde von diesem ein entsprechender Amtsbericht mit dem Antrag auf Kreditüberschreitung verlangt, der am 24. November 1993 zur Ausfertigung des Deckungsvermerkes an den Geschäftsbereich II weitergeleitet wurde. Es ist weder ein Deckungsvermerk, noch die Weiterleitung des Aktes an die Magistratsdirektion erfolgt. Es wurde dafür die Fachabteilung Kontrolle und Revision veranlaßt, Einschau in verschiedene Unterlagen zu nehmen und ein entsprechender Bericht dazu liegt bis heute nicht vor. Nach mehreren Rückfragen von Hrn. Dr. Lutz beim Magistratsdirektor Dr. Schmidl wurde von diesem eine Bürgermeisterverfügung in Höhe von S 500.000,- veranlaßt, um die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Honorarforderungen abdecken zu können und gleichzeitig wurde der Geschäftsbereich VI angewiesen, sofort einen neuerlichen Antrag auf Kreditüberschreitung im notwendigen Ausmaß zu stellen, der den Gesamtbetrag der über das

Verlangen des Geschäftsbereiches II am 6. Dezember 1993 übermittelten Liste über die bis zum Jahresende noch anzuweisenden Kursleiterhonorare enthält. Nach dem Wunsch von Magistratsdirektor Dr. Schmidl sollte dieser Antrag als Nachtrag in die zwei Tage vor Weihnachten anberaumte Stadtsenatssitzung aufgenommen werden. Der entsprechende Amtsbericht über S 1.200.000,- wurde am 20. Dezember 1993 zur Ausfertigung eines Deckungsvermerkes an den Geschäftsbereich II weitergeleitet. Der Deckungsvermerk wurde nicht gegeben und der Antrag weder als Nachtrag in der vorweihnachtlichen Sitzung behandelt, noch stand er auf der Tagesordnung für die Stadtsenatssitzung am 13. Jänner 1994. Aufgrund dieser Tatsache hat Hr. Dr. Lutz am 10. Jänner neuerlich bei Hrn. Dr. Schmidl um Klärung des Sachverhaltes ersucht. Hr. Dr. Schmidl hat nun seinerseits die Aufnahme des Antrages als Nachtrag für diese Stadtsenatssitzung vom 13. Jänner veranlaßt. Als Konsequenz auf diese wirklich unliebsamen internen Vorgänge um den Antrag auf Kreditüberschreitung wird für die Erstellung zukünftiger Budgets vorgeschlagen, den einzelnen Geschäftsbereichen bzw. Fachabteilungen nicht nur die Verantwortung für die Einhaltung des Budgets zu übertragen, sondern ihnen bereits bei der Budgeterstellung einen entsprechenden Freiraum zum disponieren zu geben. Es kann nicht so sein, daß vom Geschäftsbereich II - und da sind wir genau wieder dort, was ich heute schon einmal gesagt habe - im Wege von Budgetkorrekturen Einfluß auf die Programminhalte einzelner Fachabteilungen bzw. Dienststellen ausgeübt wird. Das ist ein ganz brennendes politisches Problem. Für die Erstellung des Programmes ist jede Abteilung selbst zuständig und dafür auch selbst

verantwortlich. Hier muß die Möglichkeit gegeben sein, innerhalb eines vorgegebenen Budgetrahmens zu disponieren. Das heißt nicht, daß die Programme an allen Gremien vorbeigehen. Die müssen selbstverständlich den entsprechenden Gremien vorgelegt werden und dort diskutiert und evtl. Änderungen beschlossen werden. In der letzten Diskussion habe ich öfter gehört, man sollte sich überlegen, ob man gewisse Kurse noch zeitgemäß in der Volkshochschule machen soll, kann, darf oder muß - da muß ich schon sagen, nach genauerer Erkenntnis und genauen Umfragen haben gerade auch die Sportkurse in der VHS auch ihre Berechtigung. Und es ist keine Konkurrenz - wie auch behauptet worden ist - zu den anderen Vereinen, zu den Sportvereinen, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Das ist auch übrigens die Ansicht des Leiters der Fachabteilung für Schule und Sport. Und viele Steyrer wollen sich nicht gleich an einen Verein binden, weil doch auch viele Vereine politisch ausgerichtet sind, sie wollen nicht das Vereinsleben haben und sie wollen evtl. einen Sport oder ein Hobby oder eine Gymnastikübung außerhalb von Vereinsregularien durchführen. Und da ist die Volkshochschule das Mittel der Wahl, als die Ansprechorganisation für diese Bevölkerungsschichten. Für die Volkshochschule bedeutet das in der Praxis, für ein Kalenderjahr steht der Dienststelle ein Gesamtbetrag von ca. 5 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Volkshochschule kann bei der Budgeterstellung selbst entscheiden, wie sie diesen Betrag auf die einzelnen Voranschlagstellen aufteilt. So kann sie Schwerpunkt setzen, die erlauben, beispielsweise in einem Jahr mehr Mittel für notwendige Betriebsausstattungen einzusetzen und im anderen Jahr bei Bedarf für andere Kurs- oder Veran-

staltungstätigkeiten zu verwenden. Mit dem Nachtragsbudget soll dann die Möglichkeit zu Korrekturen bestehen. Mehreinnahmen rechtfertigen auch höhere Aufwendungen. Entsprechende Veränderungen der Ansätze müßten daher wie früher möglich sein. Der Geschäftsbereich VI ist sich der angespannten Budgetlage bewußt und der sich für seine Arbeit daraus ergebenden Konsequenzen. Allerdings darf hier erwartet werden, daß Entscheidungen über Programminhalte den zuständigen Fachabteilungen bei entsprechender Information des gemeinderätlichen Kulturausschusses und Beratung desselben vorbehalten bleiben sollen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 9) Fin-53/93
Honorarzahlen an Kursleiter
der Volkshochschule für das
Kalenderjahr 1993;
Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Unter Bezugnahme auf den Amtsbericht des GB VI, FA für Erwachsenenbildung, vom 20. 12. 1993 wird zur Abdeckung der im Kalenderjahr 1993 noch offenen Honorarzahlen an Kursleiter der Volkshochschule bei der VASSt. 1/2700/727000.3 (VHS-Entgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen) eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 1.200.000,-- genehmigt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Im Rahmen dieses Betrages wurde bereits gem. § 49 Abs. 7 des Stadtstatutes mit Bürgermeisterverfügung vom 9. 12. 1993 für offene Honorarforderungen von Kursleitern eine Kreditüberschreitung von S 500.000,-- bei der VASSt. 1/2700/727000.3 bewilligt, die hiermit genehmigt wird.

Meine Damen und Herren, ich stelle diesen Antrag zur Diskussion und zur Abstimmung, Herr Bürgermeister.

Gemeinderat Wilhelm Spöck verläßt um 16.40 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort gemeldet Herr Mag. Philipps, ich erteile es.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertes Präsidium! Kreditüberschreitung 1,2 Millionen, wenn man diese betrachtet, so scheint Steyr bereits eine Hochschule zu haben. Es ist eine Volkshochschule. Ich bin mit natürlich klar darüber, daß ein erhöhtes Interesse der Bevölkerung natürlich ein höheres Angebot erfordert. Allerdings kann ich hier den Vorwurf trotzdem nicht ersparen, daß man Kurse so ausschreiben muß, daß sie gelddeckend vollzogen werden können. Für diesen Zusammenhang würde ich vorschlagen, in Zukunft eine Straffung des Programmes und auch vielleicht mehr Qualität als Quantität zu betrachten. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß ein VHS-Kurs ein sogenanntes Ersatzzabo darstellen sollte, wie er ja zeitweise doch - glaube ich - mißbraucht wird. Ich bin nämlich der Meinung, daß hier der ursprüngliche Gedanke der Volkshochschule verfehlt ist, eine Ergänzung zur Schulausbildung darzustellen. Wenn man nämlich moderne Freizeitbeschäftigungen, Entspannungstechniken, asiatische Körperbeherrschung oder wie immer das auch dann genannt werden sollte, betrachtet und die Notwendigkeit für solche Kurse entsteht, so glaube ich, ist es notwendig, auch hier die Kursbeiträge dazu zu erhöhen. Vielleicht wäre es eine Lösung, eine

Staffelung der einzelnen Kursbeiträge durchzuführen. Zumal 1994 ja nicht gerade mehr Geld im Budget ist. Ihre Forderung, Hr. Dr. Pfeil, bezüglich der Budgeterstellung, daß also hier die Volkshochschule speziell bedacht werden sollte, würde - glaube ich - einige Verhandlungen erfordern und ich werde diesen verflixten Gedanken nicht los, daß diese von oben herab verordnete, vorgeplante Ablehnung des Budgets sich nicht gerade positiv auf unser Kulturbudget ausgewirkt hat. Daher möchte ich Sie von dieser Stelle weg mit einem Sparbudget versehen doch ersuchen, im Jahr 1994 hier auch vielleicht bei der Durchforstung der VHS mitzuwirken, und ich spreche natürlich im speziellen die Gemeinderäte des Kulturausschusses an, dies im Sinne der Steyrer Bevölkerung zu tun.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollege Zagler bitte.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren. Es ist wieder einmal das eingetreten, was für die finanzielle Gestion einer Gemeinde schlimm ist, nämlich daß Beträge nicht budgetiert werden, das Budget, das beschlossen wird - das Budget 1993 noch dazu; ein Budget, das mit den Stimmen der FPÖ mitbeschlossen wurde, daß diese Zahlen nicht halten, daß diese Zahlen nicht stimmen. Daß Sie hier, so hat es den Anschein, für die Budgeterstellung und auch für den Budgetvollzug mitverantwortlich ist, daß darauf losgearbeitet wird, als gäbe es die wichtigste Richtschnur unserer kommunalen Arbeit, nämlich den Haushaltsvoranschlag überhaupt nicht. Oder er sei für manche Bereiche völlig ausgesetzt. Wir schlitterten - und das

habe ich zur Budgetdarstellung für 1994 gesagt - nicht zuletzt dadurch in ein großes finanzielles Desaster, weil eine fast unüberschaubare Flut an Kreditüberschreitungen im Jahr 1993 und die Beträge, die wir jetzt vor Ende des Monats Jänner machen, sind ja noch 1993 wirksam, daß hier diese Ausuferung ihre Wurzeln hat. Ich möchte mich von dieser Stelle aus jetzt nicht in das Programm einmischen, obwohl klarerweise mir auch als Gemeinderat zusteht, daß ich sagen kann, wo die Aufgaben der Volkshochschule sind und wo die Aufgaben anderer Fortbildungseinrichtungen vorhanden sind. Wo es einen Bildungsauftrag für uns als Kommunalpolitiker gibt, wo es eben keine vergleichbaren Einrichtungen gibt, wo wir Interesse haben, unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen, die Bewohner der Stadt zu schulen, als Kommune. Und daneben gibt es viel Raum für den sogenannten freien Markt. Der freie Markt, auf dem ja nicht nur die Volkshochschule arbeitet, sondern auch ein BFI, ein WIFI, ein Dominikanerhaus und viele andere Vereine und Einrichtungen, die wir auch in einem nicht unerheblichen Maße finanziell unterstützen. Diese Kurse, die auf dem sogenannten freien Markt angeboten sind, sollen - meiner Meinung nach und der Gemeinderat Philipps hat das ja auch angedeutet in seiner Wortmeldung - eine echte Kostendeckung erbringen. Echte Kostendeckung kann nicht sein, daß ein Kursleiter bzw. ein Kurslehrer zur Volkshochschule kommt und sagt: "Ich koste euch S 5.000,-, wenn ihr 10 Leute à S 500,- mit Kursgebühren bringt, haben wir 100 % Kostenrechnung". Das ist die Milchmädchenrechnung, die uns auch Hr. Dr. Pfeil schon einige Male zu diesem Thema hier herinnen vorgetragen hat. Klarerweise sind hier die Overheads, die Personalkosten in

der Volkshochschulverwaltung, die Programmkosten, die Plakatkosten, die Mietkosten etc. einzubeziehen, um hier von Kostendeckung sprechen zu können. Ansonsten sind wir nämlich als Gemeinde besser beraten, das anderen Institutionen zu überlassen, die für den selben Kurs ein vielfaches verlangen und trotzdem ausgebucht sind. Ich will also den Vergleich der EDV-Kurse im FAZAT mit den EDV-Kursen im Volkshochschulbereich machen. Wenn dann hier - fast naiv - gesagt wird, das Kulturprogramm oder das Volkshochschulprogramm war ja bekannt, man hätte Vorsorge treffen müssen, dann kann das auch nicht stimmen, das würde bedeuten, daß die finanzielle Verantwortung plötzlich von jeder Fachabteilung, von jedem Fachbereichsleiter in eine Finanzabteilung hineingeht, so kann es nicht sein. Und es ist nicht die erste und einzige bedeutende Überschreitung im Bereich, lieber Leopold, den Du zu verantworten hast. Erst vor wenigen Stunden wurde mir ein neuerlicher Antrag vorgegeben, wo wiederum eine Kreditüberschreitung von über S 500.000,- für den Ausbau der Schloßgalerie hereinkommt. Da ist die Geschäftsbereichsleitung für Kultur sozusagen der Bauherr des Schloßmuseums, vergibt die Arbeit an das Bauamt, dort wird gearbeitet und letztendlich steht der für das Budget Verantwortliche dann vor der Zahl 1,9 Millionen statt 1,4 Millionen Schilling wie budgetiert und wie auch als Richtschnur eigentlich vorgelegt. Das heißt - und wir werden einen dringenden Handlungsbedarf hier haben in der Budgetvollziehung für 1994, daß das unmöglich so gehen kann, daß man hier Tätigkeiten beginnt, sich Teilbeträge beschließen läßt und dann sozusagen vor dem Fertigstellen die Hände aufhält und sagt: ja, bis daher sind wir gekommen, jetzt werdet ihr uns doch nicht im Regen

stehen lassen, wir müssen das fertigstellen. Was Du zu Recht auch beim Museum Arbeitswelt gesagt hast, daß hier diese Altlastenaufarbeitung eigentlich schlecht ist, weil sich diese Institution nicht an die Budgetvorgaben gehalten hat, genau das machst Du und das feiert in Deinen Bereichen fröhliche Urstände. Und das kann man von der Finanzverwaltung natürlich nicht dulden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, keine weitere Wortmeldung. Schlußwort, der Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ein kurzes Schlußwort sei mir gestattet, angesichts der Hitze in diesem Raum. Ich glaube, man sollte wirklich vielleicht einmal eine Pause machen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, nach Ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist halt schon wichtig, daß man darüber diskutiert und ich möchte nur eine Antwort geben, Stichwort Schloßbibliothek - Kreditüberschreitung. War in den Budgetverhandlungen, wo wir auch die Zustimmung gegeben haben, für 1993 drinnen. Damals war noch drinnen S 300.000,- für die sogenannte Adelsbibliothek, wo wir auch gesagt haben, viel zu wenig, der Bürgermeister wird sich erinnern können. Aber was hat es gekostet? Wenn ich mich recht erinnere 1,6, 1,7, 1,8 Millionen, so in etwa. Also hier habe ich niemanden gehört, der irgendwo über Kreditüberschreitung auch hier nur ein Wort gesagt hätte. Und wenn wir heute schon von Kreditüberschreitung gesprochen

haben, dann muß ich noch einmal zurückkommen auf das Museum Arbeitswelt, wo wir eine Kreditüberschreitung von 1 Million Schilling auf Luft beschließen, weil dort sind bis heute keine entsprechenden Leistungen vorgelegt. Hier haben wir eine Leistung, es wird in der Bevölkerung akzeptiert und dann sehe ich den Vergleich nicht ein. Wenn das eine Kehrtwendung in der sozialdemokratischen Politik ist, in der Kultur - weil ich erinnere mich noch immer an meinen Vorgänger, Hrn. Bürgermeister Schwarz, der immer gesagt hat: Wenn ein Kursbedarf da ist, wenn ein Kurs überfüllt ist, dann teilt ihn, dann macht einen Kurs und dann machen wir eine Kreditüberschreitung. Der Mag. Philipps kann sich erinnern daran, er war lange genug Lehrer - glaube ich - in der Volkshochschule und weiß, wie das gegangen ist. Ich bitte um Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr, den Antrag steht zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Wer ist gegen diesen Antrag, wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich unterbreche die Sitzung bis 17.15 Uhr.

PAUSE VON 16.58 - 17.15 UHR!

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Die nächste Berichterstatterin ist die Stadträtin Ingrid Ehrenhuber. Ich darf Sie bitten, Ihre Anträge vorzubringen.

**BERICHTERSTATTERIN
STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren. Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, er betrifft das Flüchtlingslager Stelzhamerstraße. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

10) SH-4438/92
Flüchtlingslager Stelzhamerstraße;
finanzielle Abwicklung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 21. 12. 1993 wird für die Unterbringung von 29 bosnischen Vertriebenen im Flüchtlingslager Stelzhamerstraße für das Jahr 1994 ein Betrag von insgesamt S 1.200.000,- und zwar S 1.100.000,- bei VASSt. 1/4260/401000.9 und S 100.000,- bei VASSt 1/4260/729000.4 freigegeben. Der Großteil dieser Kosten wird der Stadt Steyr von der O. Ö. Landesregierung vergütet werden, wobei der exakte Refundierungsbetrag noch nicht bekanntgegeben ist.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke vielmals. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag, meine Damen und Herren? Es ist eine Wortmeldung, Herr Gemeinderat Mundorff.

**GEMEINDERAT
DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:**

Mit Erstaunen mußte ich vor kurzem auf einer Dienstreise im Radio hören, daß es angeblich bei bosnischen Flüchtlingen erpresserische Maßnahmen gibt, um sogenannte Wehrabgaben einzutreiben. Und an und für sich sollten wir schauen, daß diese Leute, die hierher geflohen sind, vor solchen Dingen geschützt werden und das einmal auskundschaften, ob an diesen

Behauptungen, die der ORF bringt, etwas dran ist. Und wir sollten alles unternehmen, daß auf jeden Fall bei uns solche Praktiken nicht Fuß fassen können. Danke.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Also ich muß sagen, ich höre das das erste Mal, kann mir auch kaum vorstellen, daß mit den finanziellen Zuwendungen, die die hier bekommen, große Sprünge gemacht werden können. Sie genügen nur zum Notwendigsten an und für sich. Uns ist auch bisher nichts bekanntgeworden und soweit es nicht bekannt ist, sage ich es nocheinmal: Dieses Flüchtlingslager betreut - und dafür möchte ich heute einmal mehr Dank sagen - das Rote Kreuz. Wir werden aber gerne diese Information auch dorthin leiten und fragen, ob an einer solchen Information in Steyr etwas dran sein könnte. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:
Ich möchte nur dazu sagen, mir ist diesbezüglich auch nichts bekannt. Unsere Flüchtlinge im Lager bekommen das Mittagessen vom Altersheim und haben bisher einen Gutschein von S 1.400,- für Erwachsene, S 800,- pro Kind bekommen. Seit 1. 1. 1994 sind wir vom Gutschein abgestiegen und sie bekommen seither Bargeld, so daß sie sich es selber einteilen können. Die Gutscheine waren nämlich nur zum Einlösen bei der Firma Mayrhofer bzw. Merkur-Markt und hier war der Wunsch, Bargeld zu erhalten, damit sie eben bei verschiedenen Geschäften einkaufen können.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**
Gut. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein

Zeichen der Zustimmung zu geben. Ich bedanke mich herzlich. Jemand dagegen? Stimmenthaltung wird auch nicht geübt? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke der Frau Kollegin Ehrenhuber. Nächster Berichterstatter Herr Kollege Eichhübl.

**BERICHTERSTATTER
STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

So wie in einer jüngst abgehaltenen Stadtsenatssitzung darf ich Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, heute hier ebenfalls folgenden Antrag betreffend Verlustersatz für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn vortragen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

- 11) ÖAG-183/93, Stadtwerke
Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe
Stadtbad und Kunsteisbahn;
Verlustersätze 1993;
Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 19. 11. 1993 wird den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in der Höhe von S 6.400.000,- auf die durch die Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze 1993 für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn gewährt. Die Überweisung des Differenzbetrages zu den tatsächlichen Verlustersätzen 1993 hat erst nach Genehmigung der Bilanz der Stadtwerke Steyr durch den Gemeinderat der Stadt Steyr zu erfolgen. Zum genannten Zweck wird der Betrag im Ausmaß von S 6.400.000,- bei der VAS 1/8790/759200.5 (Rechnungsjahr 1994) freigegeben.

Herr Bürgermeister, darf ich bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgetragenen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zu Wort ist gemeldet Herr Stadtrat Zagler, ich erteile es.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Die Stadtwerke sind klarerweise immer eine Diskussion wert. Erst vor kurzer Zeit ist uns das Ergebnis der Wirtschaftsprüfung über den Jahresabschluß 1991 der Stadtwerke bekannt gegeben worden, wo gerade auf dem Sektor Stadtbad und vor allem Kunsteisbahn die Verluste bekanntgegeben wurden und wir uns auch klarerweise bekennen dafür, die Verlustabdeckung zu leisten, die - und das ist der Hoffnungsschimmer, den wir haben - sich besser entwickeln wird, als befürchtet. Besser nicht in dem Sinn, daß wir eine höhere Abdeckung haben werden, sondern eine niedrigere Abdeckung erwirtschaften werden, als das - so nehme ich an - budgetiert ist. Der Grund dafür liegt darin - der Gemeinderat Brandstötter hat das ja in der Budgetgemeinderatssitzung schon angekündigt, die Zahlen haben sich verdichtet - daß rund 50 % mehr Besucher die Kunsteisbahn besuchen, das noch dazu bei gemeinschaftlich regulierten Tarifen, so daß der Abgang vor allem auf der Kunsteisbahnebene ein geringerer werden wird. Nicht nur, daß wir mehr Einnahmen haben durch eine höhere Frequenz, durch einen höheren Tarif, sondern daß wir auch Kosteneinsparungen haben, was die Heizkosten anlangt. Ich glaube, daß wir auch hier wieder eine gute Entwicklung sehen und ich hoffe, daß zwischen diesem Vorschuß und der endgültigen Auszahlung des Verlustersatzes keine allzugroßen Löcher aufgehen werden, sondern daß wir uns hier gegenüber

dem Budgetansatz etwas ersparen werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals, weitere Wortmeldungen gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Jemand gegen der Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Herr Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich habe zwei Anträge aus dem Referat Denkmalpflege vorzutragen, das eine setzt einen Antrag aus 1992 fort, ich bitte Sie, für die Finanzierung der Innenrestaurierung der Stiftskirche Gleink im Rechnungsjahr 1993 noch 1 Million Schilling freizugeben. Der Antrag lautet:

12) Ha-8310/89

Stiftskirche Gleink; Innenrestaurierung; Jahresrate 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 13. 12. 1993 wird für die Restaurierung des Innenraumes zur Stiftskirche Gleink auch im laufenden Rechnungsjahr eine Beihilfe im Betrage von S 1.000.000,- bewilligt und bei VAST. 5/3630/777100.9 freigegeben.

Herr Bürgermeister ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um

ein Zeichen. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der zweite Antrag aus dem Referat Denkmalpflege ändert die ursprünglichen Finanzierungsabsichten bei der Instandsetzung der Stadtpfarrkirche - Außenrestaurierung in der Hinsicht ab, daß vorgeschlagen wird, den Vorsprung, den die Stadt bei der Finanzierung hier schon erzielt hat, ein wenig in Anrechnung zu bringen und die Mittel anders als ursprünglich in die Konzeption genommen zu verteilen, nämlich S 400.000,- für die Außenrestaurierung statt S 600.000,- und die freibleibenden S 200.000,- in die Sanierung des Dominikanerhofes zu widmen. Der Antrag lautet:

13) Bau5-3890/91

Ha-3202/86

Stadtpfarrkirche - Außenrestaurierung; Dominikanerhof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA für Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Stadterneuerung vom 3. 1. 1994 wird für die Außenrestaurierung der Stadtpfarrkirche S 400.000,- (vorletzte Rate) und Dominikanerhof S 200.000,- (Endfinanzierung) bewilligt und bei VASt. 5/3630/777100.9 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

STADTRAT KARL HOLUB:

Entschuldigung, die Freigabe ist auch für das Rechnungsjahr 1993.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort. Ich sehe, dies ist nicht der Fall. Wer stimmt für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht. Daher ist der Antrag einstimmig angenommen. Danke dem Kollegen Holub. Nächster Berichterstatter ist Hr. Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl; ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Im ersten Antrag geht es um den Fußgängerübergang Plenkberg.

14) Bau5-7623/89

Fußgängerübergang Plenkberg;
Stahlbau- und Baumeisterarbeiten;
Schlußrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 15. Oktober 1992 wurden der Fa. Mayr-Bau, Steyr, die Stahlbeton- und Baumeisterarbeiten für den Fußgängerübergang Plenkberg um S 5.236.231,73 incl. MWSt. übertragen. Bisher wurden insgesamt S 4.695.000,- für Teilrechnungen angewiesen. Die überprüfte Schlußrechnung beträgt S 5.250.176,15 incl. MWSt. Aufgrund des Vorlageberichtes des GB III vom 23. Dezember 1993 wird der Vergabe der Nachtragsangebote Nr. 1 bis 4, sowie der damit verbundenen Auftragserhöhung um S 13.944,42 incl. MWSt. zugestimmt. Weiters werden für die Abwicklung der Schlußrechnung die noch vorhandenen Mittel in Höhe von S 283.000,- bei VASt. 5/6121/002000.5 freigegeben und zusätzliche Mittel in Höhe von S 272.000,- in Form einer Kreditüberschreitung bei der gleichen VASt. freigegeben. Die Kreditüber-

schreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldung. Ladys first. Wird dem Dr. Tilman Schwager nichts ausmachen, wie ich ihn kenne, galant wie er ist.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Zu dem teuersten Unsinn möchte ich nur eines dazu bemerken. Es handelt sich natürlich um eine Leistung, die bezahlt werden muß, aber es geht nur S 13.900,- Nachtragsangebot. Aber ich glaube nicht, daß man das vorher nicht weiß, daß man wasserdichte Ausführungen braucht. Die Forderungen der WAG sind auch vorher schon bestanden, für diese Nachtragsforderungen habe ich kein Verständnis. Entweder ist es schlecht ausgeschrieben, oder das Anbot ist nicht ordentlich geprüft worden. Weil das lauter Dinge sind, die man eigentlich von vornherein wissen müßte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Nächste Wortmeldung. Dr. Tilman Schwager verzichtet. Danke sehr. Nächster, Kollege Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Der Kollege Zagler hat soeben einen Verdacht geäußert, nachdem ich auf mein Schlußwort vorhin verzichten mußte, bin ich in der Wortmeldungsanzahl wahrscheinlich hinten, hat er gemeint. Dem ist nicht so. Der Grund meiner Wortmeldung, meine Fraktionskollegin Felicitas Bauer hat ja

bereits darauf hingewiesen, daß wir diesem Antrag die Zustimmung geben werden, obwohl wir etwas verwundert sind, daß da Kosten drinnen sind, die eher vorhersehbar gewesen wären. Es ist kein großartiger Betrag, daher diese Beibemerkung. Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil ich an sich als Kritiker gegenüber diesem Übergang immer hier aufgetreten bin, weil ich gemeint habe, daß - und das waren auch sehr viele meiner Fraktionskollegen - dieser Fußgängerübergang sehr viel Geld gekostet hat, doch - wie wir gemeint haben - nicht an der richtigen Stelle situiert ist und bedauerlicherweise sehr wenig begangen wird. Das ist eine unumstößliche Tatsache, daher hege ich heute die Hoffnung, daß im Zusammenhang mit der Realisierung des Radwegkonzeptes dieser Fußgängerübergang dann tatsächlich eher angenommen wird, als das bisher der Fall ist. Die Frequenz ist nach wie vor - kann ich hier berichten - nicht berauschend. Das ist der richtige Ausdruck, weil daneben ist ein Gasthaus und trotzdem rührt sich dort nicht recht viel, darf ich volkstümlich sagen. Aber wie gesagt, die Hoffnung steht im Raum, daß sich das im Zusammenhang mit diesem Konzept, das ich vorhin genannt habe, positiv verändern wird. Dem vorliegenden Antrag werde ich daher auch die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der nächste zum Wort gemeldete Kollege Gemeinderat Bremm. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist auch notwendig und zweckmäßig und zielführend, in diesem Kreis, in diesem Raum

Entscheidungen zu treffen, die vielleicht längerfristig gedacht und geplant und notwendig sind, und es ist auch die Aufgabe von uns - glaube ich - ein bißchen über den Zaun zu schauen. Wir haben ja heute wieder einmal sehr klassisch bewiesen, wie weit wir vordenken. Wir haben zwar 4000 Wohnungssuchende in Steyr, wir haben ein Projekt vorliegen zu einer Beschlußfassung, das von allen Gutachtern positiv empfohlen wird, ob das vom Breitling, ob das vom Gestaltungsbeirat ist, ob das von den Verkehrsexperten wegen dem Anschluß ist, es gibt keinen einzigen Aspekt, der dagegen wäre und wir haben trotzdem heute hier die Entscheidung nicht getroffen. Mir tun die Leute leid, die sicherlich länger hier warten müssen, um eine Wohnung zu bekommen. Ich sitze selber im Wohnungsausschuß und weiß das und bin ständig konfrontiert mit den wohnungssuchenden Menschen. Die Entscheidung ist heute getroffen, ich hoffe, daß wir bei einer der nächsten Gemeinderatssitzungen hier besser entscheiden. Ich will nur aufzeigen hier im Zusammenhang mit dem Fußgängerübergang Plenkberg, wenn wir hier auch diese Entscheidung oder diese Meinung der FPÖ mitgetragen hätten, dann hätten wir heute keinen Plenkberg, wir hätten keinen Fußgängerübergang Plenkberg und wir würden viele Münichholzerinnen und Münichholzer den Gefahren des Verkehrs aussetzen. Tragischerweise haben wir gerade in den letzten Wochen feststellen müssen, wie groß die Gefahr ist. Es ist gerade im Bereich einer vierspurigen Straße beim Pumpwerk ein Verkehrsunfall gewesen, der tödlich ausgegangen ist. Ich glaube, wenn man heute das Verkehrsaufkommen Richtung Münichholz betrachtet und unter dem Gesichtspunkt sieht, daß hier auch starke Wohnbau-

tätigkeiten sind, wird Münichholz wachsen und nicht schrumpfen und der Verkehr wird enorm zunehmen. Man verspürt es ja als Münichholzer, der tagtäglich hier fährt, daß hier ein starkes Verkehrsaufkommen ist und daß es sehr wohl für die Zukunft eine Sicherheit durch diesen Fußgeherübergang gibt und der seine dementsprechende Berechtigung hat. Und vielleicht, Roman, natürlich nicht bei jeder Witterung, aber vielleicht schaust Du einmal hin zum Wochenende, wie viele Radfahrer diesen Fußgeherübergang benützen, dann muß man das unter diesem Gesichtspunkt sehen. Im Nachhinein gesehen, war das eine sinnvolle Investition, die wir dort zur Sicherheit unserer Radfahrer und unserer Fußgänger getroffen haben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Der Kollege Bremm hat ja im Grunde bei dem, was er am Schluß gesagt hat, das gesagt, was ich sagen wollte. Dieser Fußgänger- und Radwegeübergang ist kein unsinniges Bauwerk, wie die Kollegin Bauer das vorher bezeichnet hat. Meines Erachtens war das eine notwendige Investition. Ich bin ja schon seit Jahren, wenn ich Richtung Bahnhof gegangen bin, über den Plenkberg hinübergegangen und mir ist aufgefallen, daß der Verkehr immer stärker und stärker wurde. Wenn man jetzt hinübergehen würde, wenn dieser Übergang nicht da wäre, wäre es im Grunde total gefährlich. Und betreffend die Frequenz, Herr Eichhübl: jedesmal, wenn ich vorbeigehe und hinübergehe, bin ich nicht der Einzige. Dieser Übergang wurde meines Erachtens angenommen und ja, mehr kann ich

eigentlich nicht sagen. Ich hoffe, daß diese Geschichte jetzt endlich einmal beendet wird, denn viel mehr kann man darüber - glaube ich - nicht mehr sagen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ganz kurz. Es erübrigt sich fast, aber wenn ich mich nicht irre, dann hat zu diesem "teuersten Unsinn" vor Jahren der gesamte Verkehrsausschuß einstimmig positiv Stellung genommen. Ich glaube, daß er sicher nicht unsinnig ist. Er ist im Radwegekonzept drinnen und daher gehört er dorthin, außerdem müßte sonst eine ampelgeregelte Kreuzung am Plenkberg sein, das hat man auch nicht gewollt und eigentlich verhindert, also ist es sicher nicht ganz sinnlos, muß ich sagen. Und was die Kosten betrifft, bitte, möchte ich nur sagen: Die Forderung der WAG mit der Abgrenzung des Spielplatzes hat sich herausgestellt, nachdem die Erdarbeiten durchgeführt wurden und man sehr nahe da dran gekommen ist an diesen Spielplatz. Der Anschluß Kugellagerweg über Zugang Maradonna war lange nicht geklärt; wieviel dort abgetreten wird und wo der Parkplatz für das Maradonna geschaffen werden kann, da waren langwierige Verhandlungen einerseits mit dem Grundnachbarn, andererseits mit dem Bund notwendig. Also war das auch nicht vorauszusehen glaube ich. Das ist keine Kritik, evtl. die wasserdichte Ausführung der Elektroleitungen lasse ich gelten. Ich bitte um Ihre Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Vielleicht noch eine positive Hinzufügung. Er ist sehr schön geworden, das sagen alle, das sollte man auch nicht verschweigen. Schauen Sie, vielleicht ist es Ihnen zu teuer, Frau Kollegin Bauer, aber nehmen Sie einmal Mehrheitsentscheidungen des Gemeinderates als Demokratin zur Kenntnis, wie wäre es damit? Wir stimmen ab. Wer ist für eine Beschlußfassung im Sinne des Antrages? Sehen Sie, jetzt sind Sie auch dafür. Jemand dagegen? Niemand. Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung. Herr Mundorff, das werden wir weitersagen Richtung BMW. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der Antrag lautet:

15) Bau3-5460/92

Straßenbau; Verlängerung

Siemensstraße; Kreditübertragung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 17. Dezember 1993 wird der Reduzierung der Auftragssumme des Billigstbieters, Fa. Zwettler Bauges.m.b.H., Steyr, von S 1.434.113,41 incl. MWSt. auf S 991.795,58 incl. MWSt zugestimmt. Zur Finanzierung der Restforderung werden Mittel im Ausmaß von S 100.000,-- bei VAST. 5/6120/002240.9 freigegeben und es wird eine Kreditübertragung von S 126.000,-- von VAST. 5/6120/002220.1 auf VAST. 5/6120/002240.9 und von S 165.000,-- von VAST. 5/6120/002480.1 auf VAST. 5/6120/002240.9 bewilligt.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen

Antrag, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Christkindlsiedlung.

16) Bau3-27/93

Bau6-28/93

Kanalisation Christkindlsiedlung; Erd-, Baumeister-, Rohrverlegungs-, Straßenbau- und Beleuchtungsarbeiten; Mittelfreigabe 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 16. September 1993 wurde der ARGE Kanal Christkindlsiedlung Negrelli-Asphalt & Beton, Steyr, der Auftrag für die Errichtung der Kanalisation Christkindlsiedlung, sowie die damit verbundenen Straßenbau- und Beleuchtungsbauarbeiten zum Preis von S 35.447.868,18 erteilt. Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 22. Dezember 1993 werden für das Finanzjahr 1994 zum genannten Zweck folgende Mittel für den:

1. Kanalbau

S 14.000.000,-- excl. MWSt
bei VAST. 5/8110/050200.3

2. Straßenbau

a) Blumauergasse

S 1.000.000,-- incl. MWSt
bei VAST. 5/6120/002180.7 und

b) Christkindlsiedlung

S 1.900.000,-- incl. MWSt
bei VAST. 5/6120/002220.1 sowie

3. Beleuchtung

S 200.000,-- incl. MWSt
bei VAST. 5/8160/050000.2

in Form einer Kreditübertragung von VAST. 5/6120/002220.1 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt für diesen Antrag, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, daher ist der Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Aufschließung der Sandmayrgründe, Zahlung der ersten Jahresrate. Der Antrag lautet:

17) Ha-6604/92

Dipl.-Ing. Hermann Proyer;
Aufschließung Sandmayr-Gründe;
Zahlung der ersten Jahresrate.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Privatwirtschaftsverwaltung vom 3. Januar 1994 wird zur Auszahlung der ersten Jahresrate in Höhe von S 2.500.000,-- für die Aufschließung der sogenannten Sandmayr-Gründe ein Betrag von S 1.600.000,-- bei der VAST. 5/6120/002210.2 und ein Betrag von S 900.000,-- bei der VAST. 5/8110/004310.7 freigegeben. Die Auszahlung dieses Betrages hat nach Vorlage entsprechender Rechnungen in mindestens doppelter Höhe durch den Bauherrn, Herrn Dipl.-Ing. Hermann Proyer, zu erfolgen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Auch nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 17). Wer ist für diesen Antrag? Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf mitteilen, daß heute beschlossen wurde, insgesamt S 50.983.700,- auszugeben. Ich darf nunmehr die Frage stellen, ob zur Aktuellen Stunde die SPÖ-Fraktion ein Thema hat? Keines. Die FPÖ-Fraktion? Danke nein. ÖVP-Fraktion? Danke nein. GAL-Fraktion? Keines. Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Gemeinderatssitzung. Ich darf Ihnen für das Erscheinen und für die Debatte danken und schließe diese Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 17.47 UHR!

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Anton Obrist

Gabriele Angerbauer

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Günter Fürweger e. h.

Engelbert Lengauer e. h.

